

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 270.— Mf. bei Selbstabholung 223.— Mf. — Preis der Einzelnummer 12.— Mf. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24596
Wollschekonto Nr. 52477 : : : : : Wollschekonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13683. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 24596

Insolvenzpreise: Die 10 gesetzte Kolonialzelle oder deren Raum 30.— Mf.
bei Blauwurkstr. 40.— Mf. Familiennachrichten, die 10 gesetzte Zelle 18.— Mf.
Reklame-Kolonialzelle 14.— Mf. Telefon für die Insolvenz-Abteilung 22721
Schluß der Insolvenz-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Ausräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Reparationskommission in Berlin.

Ansprachen Dr. Wirths und Barthous.

SPD. Ämlich wird uns mitgeteilt:

Die Reparationskommission, die am Montag in Berlin angekommen ist, wurde Dienstag, mittags 12 Uhr, vom Reichskanzler in Gegenwart der an den kommenden Verhandlungen beteiligten Staatssekretäre empfangen. Der Reichskanzler begrüßte die Reparationskommission und insbesondere den neu ernannten Vorsitzenden Herrn Louis Barthou, dem es vergönnt sein möge, sein Amt mit Erfolg für die in der Reparationskommission vertretenen Völker um für Deutschland zu führen und die Voraussetzungen zu schaffen, die für jede künftige ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit der europäischen Völker und damit auch der Nationen der Welt notwendig sind. Er begrüßte die Initiative, Gläubiger und Schuldner zusammenzuführen, um einen Ausweg zu finden. Er und seine Mitarbeiter stellen sich mit voller Offenheit und Aufrichtigkeit der Aussprüche zur Verfügung. Der Reichskanzler wies sodann auf die Veränderungen hin, die in der Lage Deutschlands seit dem letzten Besuch des Garantiekomitees im Juli eingetreten sind und belegte diese Änderung mit den vergleichenden Daten der deutschen Währung und der deutschen Großhandelspreise. Das deutsche Volk, dem es an den notwendigsten Nahrungsmittelein und an Kohlen fehlt, steht vor einem furchtbaren Winter des Hungers und der Räte. Die bisherigen Versuche, aus den frischen deutschen Wirtschaft möglichst grehe Leistungen herauszuholen, hätten weder Gläubiger noch Schuldner befriedigt. Der richtige Weg sei, erst die starke Wirtschaft zu heilen; nur dann bestehe Aussicht, Leistungen aufzubringen; deshalb sei die Stabilisierung der Währung das Kernproblem der Aufgabe. Die Stabilisierung der Währung werde von selbst das Gleichgewicht in den deutschen Staatsfinanzen herbeiführen. Er begrüßte die Mietstellung der Reparationskommission, das Gegenstand der Berliner Verhandlungen die Stabilisierung der Mark und der Ausgleich des Budgets sein soll. Die Hauptaufgabe sei, schnell zu praktischen Entschlüssen zu kommen und sie mit raschem Entschluß durchzuführen. Nur eine schnelle Aktion könne die Lage retten und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wieder herstellen.

Auf diese Ansprache des Reichskanzlers legte der Vorsitzende der Reparationskommission, Louis Barthou, die Gründe dar, die die Republik veranlaßt hätten, sofort mit der deutschen Regierung in Verbindung zu treten. In den Worten des Kanzlers liege ein Zeugnis und ein Programm. Die Reparationskommission schütze beide um so höher, als sie von der durch ihre amtliche Stellung am meisten qualifizierten Persönlichkeit herrührten. Was das Zeugnis anlange, das der Reichskanzler über die Lage Deutschlands ablegte, so nehme es die Reparationskommission zur Kenntnis, ohne es für den Augenblick zu erörtern: Es werde das erste Blatt des Albenstücks sein, das sie zusammenstellen werde. Was das Programm anlange, so habe der Reichskanzler eher Fragen aufgeworfen, als Lösungen gewiesen. Diese Fragen seien indessen durchaus diejenigen, die in das Arbeitsgebiet der Reparationskommission fallen. Die Stabilisierung der Mark sei die erste Frage, deren Verbindung mit dem Gleichgewicht des Budgets niemand bestreite. Die Reparationskommission diente dem Kanzler für sein Versprechen, an den Verhandlungen mit völliger Offenheit und Ehrlichkeit mitzuarbeiten. Es handle sich darum, möglichst schnell das Ziel zu erreichen, das gemeinsam ins Auge gefaßt worden sei. Die Reparationskommission hoffe in allen Dienststellen, die an den Verhandlungen teilnehmen werden, jenen guten Willen anzutreffen, von dem der Kanzler gesprochen habe. Die Reparationskommission sei hergekommen, um einen kranken Körper zu behandeln, um den Ausdruck des Kanzlers zu gebrauchen; es sei daher notwendig, daß sie die ganze Ausdehnung und alle Anzeichen der Krankheit kennen lerne. Der Augenblick sei gekommen, ohne Umhülfweise zu sprechen und an die Arbeit zu gehen. Von diesem Nachmittag ab heißt daher die Parole: Arbeiten wir!

Es wurde hierauf beschlossen, die Verhandlungen sofort zu beginnen. Die erste Sitzung der Reparationskommission mit den befreiteten deutschen Repräsentanten hat am Dienstag nachmittag im Reichsfinanzministerium stattgefunden.

Die Nachmittagssitzung.

Berlin, 1. November. (Berliner Tageblatt) Die gestrige Sitzung der deutschen Delegation mit der Reparationskommission war fast vollständig ausgefüllt mit eingehenden Darlegungen von Dr. Heimes und Dr. Schröder über die Lage des deutschen Budgets. Die Delegierten der Reparationskommission stellten hier und da Zwischenfragen. Die Beratungen werden Mittwoch, nachmittag um 4 Uhr fortgesetzt werden. — Die Delegierten der Reparationskommission traten am Dienstagnachmittag zu einer internen Beratung zusammen, in deren Verlauf das Projekt Delacroix besprochen wurde.

Die Sitzung des Fraktionsvorstandes.

Gegen jede Anlastung des Abstundentages.

SPD. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Montagvormittag zu einer Sitzung zusammen. Er nahm zunächst den Bericht der Unterhändler über die bisherigen Verhandlungen in der Reichskanzlei wegen der sozialdemokratischen Forderungen zur Markstabilisierung entgegen. Das Verhalten unserer Unterhändler wurde einstimmig gebilligt; insbesondere sand das Vorgehen des Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt in seinem Kampfe um die Erhaltung der Mark einstimmige Zustimmung.

In Anbetracht der bevorstehenden Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission, die zwar zu raschen sachlichen Entschlüsse drängen, aber noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werden, wurde davon Abstand genommen, die Reichstagsfraktion noch in dieser Weise zusammenzuberufen. Um

aber anderseits eine Stellungnahme der Reichstagsfraktion zur politischen Gesamtlage vor dem Beginn der Reichstagsverhandlungen herbeizuführen und zu den Verhandlungen mit der Reparationskommission Stellung zu nehmen, wurde die Einberufung der Reichstagsfraktion zu Dienstagvormittag beschlossen. Ein früherer Termin erschien in Anbetracht der Tätigkeit fast aller Fraktionsmitglieder bei den südlichen Landtagswahlen untauglich.

Zu lächlicher Bezeichnung befand volle Einmütigkeit darüber, daß die Partei auf ihren Vorschlägen zur Währungs- und Wirtschaftspolitik unbedingt bestehen müsse, besonders da sie die einzigen positiven Vorschläge sind, die zur Wirtschaftsgesundung gemacht worden sind. Auch bestand volle Übereinstimmung darin, daß die Sozialdemokratie eine Ablösung des Abstundentages, wie sie jetzt von einflußreichen Kapitalistengruppen und auch von vielen bürgerlichen Politikern im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Arbeitszeitgesetzes beabsichtigt ist, auf keinen Fall zulassen wiede. Die auch von der Sozialdemokratie als dringend notwendig anerkannte Produktionsförderung darf nicht auf Kosten der Arbeitnehmer herbeigeführt werden. Die wirkliche Voraussetzung für die Produktionsförderung ist die Stabilisierung der Mark. Eine Regelung, die sich trotz der geringen Vorstellungen der Sozialdemokratie nicht zu positiven Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark vereinsfindet, das ist aber den Abstundentag bestreiten wollte, könnte keine Unterstützung durch die Sozialdemokratische Partei, sondern nur eine entschiedene Bekämpfung erfahren.

Der Fraktionsvorstand beschäftigte sich ferner, veranlaßt durch eine Neuerung des Abgeordneten Dr. Heinrich auf der Landesversammlung der Baierischen Volkspartei, mit der durch den Minister Herrenseis geschaffene Aufzehrung der gesamtpolitischen Verhältnisse und richtete den dringenden Appell an die bayrischen Arbeiter, den gegenrevolutionären bayrischen Bestrebungen gegenüber auf der Hut zu sein.

Zwecks Stellungnahme zu den dringenden schwedischen Steuerfragen wurde die Einberufung einer Konferenz mit Vertretern der Fraktionen der einzelnen Länder für den 22. November in Aussicht genommen.

Schweres Grubenunglück in Wessingen.

Böchum, 30. Oktober. (SPD.) Montag morgen gegen 6½ Uhr hat sich auf der Zeche Bruchstraße eine Kohlenstaubexplosion über Tage ereignet, bei der nach den bisher vorliegenden Nachrichten fünf Menschen getötet und 21 schwer oder minder schwer verletzt wurden. Die Explosion ist wahrscheinlich von einem unter einer Kohlenwippe liegenden Kohlenstaub ausgegangen, die außer Betrieb war. Die Ursache der Explosion dürfte auf Kurzschluß zurückzuführen sein, da in der Nähe der Kohlenwippe ein Elektromotor mit Reparaturen beschäftigt war. Die behördliche Untersuchung ist eingeleitet. — Sowohl bekannt, handelt es sich um die erste Kohlenstaubexplosion über Tage.

Vangendreef, 1. November. Die Zahl der Opfer der Explosion auf der Zeche Bruchstraße ist auf sechs Tote und 24 Verletzte gestiegen.

Vormittags 11 Uhr: 1 Dollar = 4560 Mf.

Wer hilft euch?

Die Not steigt. Das Elend wächst. Und immer ungenierter unterstützen die bürgerlichen Parteien die Wucherer und Schieber und treten eure Interessen mit Füßen. Unter dem verlogenen Gesicht: "Weg mit dem Klassenregiment!" kämpfen sie für eine reaktionäre bürgerliche Regierung, die mit brutaler Gewalt die hungrende Masse niedergeworfen und sie schutzlos und rechtslos macht.

Männer und Frauen des Volkes!

Helfen kann euch nur die B.S.P.D.

Sie ist der stärkste Wall gegen die hereinbrechende Reaktion. Ihre Machtposition zu stärken liegt im Interesse aller Männer und Frauen der schaffenden Stände. Arbeiter, Angestellte, Beamte, Hausfrauen! Keiner von euch darf am 5. November der Wahl trennen. Es gilt eure Freiheit. Deshalb muß die Parole sein:

Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!

Wir wählen nur B. S. P. D., Liste
Lipinski-Hagen-Grau Schilling!

Großhandels-Index 781.15.

Preissteigerung um 38 Prozent in einer Woche.

Eine neue Lawine steigender Preise wählt sich über die deutschen Konsumenten hin. Angesichts des katastrophalen Zusammenbruchs unserer Mark war das un schwer zu erwarten. Die Entwicklung der letzten Oktoberwoche aber stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Die Industrie- und Handelszeitung, ein Organ, das von Stinnes finanziert wird, ist angesichts der dauernden Veränderung der Preise dazu übergegangen, nicht mehr wie das Reich und die übrigen Indezstellen die Entwicklung der Preise nur allmonatlich zu berechnen, sondern eine allwöchentliche Berechnung vorzunehmen. Da es ein ausgeschlossenes Organ Stinnes' ist, sind an der Richtigkeit dieser Zahlen keinerlei Zweifel möglich. Nach der J. und H. stellte sich der Großhandelsindex in der dritten Oktoberwoche auf 506,22, er stiegte in der vierten Woche des Oktobers auf 781,15 hinauf, was eine Steigerung im Verlaufe von sieben Tagen um 38 Prozent bedeutet. Mit anderen Worten, die Großhandelspreise haben sich im Verlaufe einer Woche beinahe verdoppelt. Die Haushalte mögen daher nicht verwundert sein, wenn bei der schnellen Anpassungsfähigkeit, die sich seit Monaten auf diesem Gebiete entwickelt hat, die Margarine von 720 auf etwa 1000 Mark in den nächsten Tagen steigen wird.

Die Vereindlung der breiten Massen des Volkes wählt damit ins Ungemessene. Wenn die Arbeiterschaft mit ihren Löhnen diesen leichten Steigen der Preise auch nur einigermaßen folgen will, dann müssen von der zweiten bis zur dritten Woche im Oktober die Arbeitssätze um etwa 50 Prozent gesteigert werden. Dabei ist zu beobachten, daß der Gesamtindex von 781,15 noch bei weitem nicht dem eigentlichen Entwertungsfaktor der Mark entspricht, der in der gleichen Indezwoche 1033,03 betrug. In der Vorwoche, die einen Index von 506,22 zeigte, betrug die Spannung zwischen Entwertungsfaktor der Mark und Gesamtindex rund 53, d. h. die Großhandelsziffern waren der entwerteten Mark in nur kleinem Abstand gesetzt. In der letzten Oktoberwoche aber zeigt sich eine Differenz von etwa 252, so daß mit einem nochmaligen starken Ansteigen der Preise in dieser Woche gerechnet werden muß und die Löhne hinter in immer weiterem Abstand hinterher.

Bei alledem sind die Indezziffern für Fleisch, Fisch, Fette usw. vorerst noch sehr minimal gestiegen, sie schneiden von 367,23 auf 490,05 empor. Dagegen wachsen Textilien, Häute usw. von 770,04 auf 1123,89. Das ist eine Steigerung von 44,2 Prozent in sieben Tagen. Sie erklärt sich daraus, daß die Preise für Baumwolle, die in der dritten Oktoberwoche das 1321fache der Vorkriegszeit betrugen, in der letzten Woche des Oktobers auf das 1989fache stiegen. Das ist ein Anwachsen von 55,7 Prozent, während der Dollar nur eine Steigerung von 43,6 zu verzeichnen hatte. Auch das Getreide schneidet in weitaus stärkerem Maße empor, als die Indezziffern für alle erfaßten 44 Waren. Die vergangene Woche hat den bisher höchsten Preisstand auf dem Getreidemarkt gebracht. Weizen schneidet zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Preise auf über 200 000 Mark pro Tonne hinaus. Er hat im Durchschnitt das 94fache des Friedenspreises erreicht, und ist damit den Weltmarktpreisen wieder außerordentlich nahe gerückt. Roggen stieg um 44,7 Prozent auf das 1890fache der Friedenspreise. Er hat also den Weltmarktpreis bereits überschritten, ebenso die Gerste. Weiterhin stieg der Preis für Zinck auf das 1869fache, d. h. um 55,2 Prozent, Blei auf das 1441fache oder 51,8 Prozent.

Die Agrarier und viele der industriellen Großunternehmer haben verstanden, ihre Preise der außerordentlich schnellen Entwertung unserer Mark anzupassen. Sie haben faktisch die Parität des Goldes erreicht. Damit ist der Spannungszustand zwischen den Preisen und den Löhnen ins Ungemessene gestiegen. Das bedeutet, daß die Unternehmer dem Arbeiter in Form von Papiermarktlöhnen einen immer kleiner werdenden Teil des Gehaltsvertrages seiner Arbeitskraft zur Auszahlung bringen.

Was müssen angeglichen einer solchen Entwicklung alle die Kämpfe der Gewerkschaften um Erhöhung der Arbeitssätze. Sie sind um das Vielfache überholt bereits in den Stunden, in denen die Lohn erhöhungen zur Auszahlung kommen. Wenn je das Wort von der Synphusarbeit in den Gewerkschaften berechtigt war, dann hat das die Entwicklung der letzten Wochen zur Evidenz bewiesen. Es zeigt aber gleichzeitig, wie notwendig es ist, alle Kräfte zu konzentrieren, um einem weiteren Abfallen der Mark entgegenzuwirken, um zu einer Stabilisierung unserer Währung zu gelangen. Die Vorgänge der letzten Tage, die sich vor dem Forum der Parteiführer in Berlin ereigneten, haben indes gezeigt, daß von Seiten der bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, auf diesem Gebiete nichts zu erwarten ist, daß allein die Arbeiterschaft Träger dieser Bestrebungen bleibt, soweit nicht von der Reparationskommission erneute Diktate erfolgen. Das ist freilich nicht anders zu erwarten angeglichen der Tatsache, daß mit einer jeder Entwertung der Mark und mit dem damit im Zusammenhang stehenden Sinken der Papiermarktlöhne automatisch die Gewinne des Unternehmertums steigen. Der Kampf gegen die weitere Vereindlung der Arbeiterklasse ist daher Klassenkampf in höchster Form und die sozialen Arbeiter-

werden am 5. November zu beweisen haben, ob sie sich der Bedeutung dieser Kämpfe bewusst geworden sind. Gelingt es dem Blattgut, den Sieg zu erringen, dann wird sein Einfluss auf die Gestaltung unserer gesamten Wirtschaftspolitik entscheidend sein, das mit einem weiteren Sinken der Lebenslage des Proletariats gerechnet werden muß.

Aber das ist nur eine Seite der Entwicklung, wie sie durch die Bewegung der Presse gegeben ist. Steigen die deutschen Warenpreise über das Weltmarktniveau, dann muß notwendigerweise jede Konkurrenzfähigkeit der deutschen Waren schwächen, was zwangsläufig dann im Innern des Landes den vollständigen Zusammenbruch der Hochkonjunktur, massenhafte Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend für das Proletariat bedeuten. Dass wir diesem Stadium der Entwicklung immer näher kommen, zeigt nachstehende Entwicklung der Preise, die der Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* entnommen sind.

Bundesstaaten = 100.

Jahr	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932
	Januar	90	128	191	109	80	102	167	190	122	90	122
	Februar	90	122	207	107	77	103	178	191	125	95	111
	März	95	111	175	108	70	103	183	196	129	109	119
	April	96	119	178	107	82	102	173	204	136	121	121
	Mai	91	118	184	104	78	102	128	180	130	124	124
	Juni	103	114	184	110	78	97	104	158	158	124	124
	Juli	95	119	159	111	57	102	88	175	175	122	122
	August 1. Woche	88	—	113	46	102			122	122	93	122
	2. "	93	122	178	110	44	104		131	131	94	131
	3. "	94	121	178	111	84	99		109	109	98	109
	4. "	93	127	180	118	28	102		127	127	96	127
	Sept. 1. "	96	127	180	114	37	107		137	137	97	137
	2. "	97	129	180	111	52	105		129	129	92	129
	3. "	92	129	180	113	50	104		129	129	92	129

Diese Zahlen zeigen, wie der Weizen, der Anfang 1921 einigermaßen noch den Papiergeldwerten entsprach, von Woche zu Woche den Weltmarktpreisen angeglichen wurde. Schmalz, Kaffee, befinden sich schon längst über dem Niveau der Weltmarktpreise, Baumwolle steigt immer mehr und, wie oben zur Darstellung fand, in den letzten Wochen so außerordentlich, dass blumen kurzum mit einem vollständigen Zusammenbruch der Textilindustrie Deutschlands gerechnet werden muss, um so mehr, da die Kaufkraft im Innern des Landes mit der vollständigen Entwertung der Löhne beinahe ganz gewichen ist. Charakteristisch ist die Entwicklung der Preise für Eisen und Kohle. Die Preise beider Produkte haben sich von dem Stande, der Anfang 1921 zu verzeichnen war, dauernd herab entwickelt. Der deutsche Eisenpreis betrug nach der vorstehenden Auflistung in der dritten Septemberwoche etwa die Hälfte der Weltmarktpreise, und trotzdem wurde gerade in den letzten Tagen aus den Groß-Montangebieten Deutschlands, aus dem Rheinland und Westfalen, gemeldet, dass einzelne Betriebe starke Einschränkungen vorgenommen hätten. Trotz des niedrigen Eisenpreises hat die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Eisenindustrie stark abgenommen. Diese Tatsache bedeutet weiterhin, dass wir auf diesen Gebieten in Deutschland weiterhin mit außerordentlich starken Preissteigerungen zu rechnen haben, ebenso aus dem Gebiet des Kohlenmarktes. Die vorstehenden Ziffern zeigen mit aller Deutlichkeit, dass wir unmittelbar vor dem eigentlichen Einsetzen der Krise stehen, dass das Ende der Arbeiterschaft in diesem Winter möglicherweise wird, dass entwertete Löhne in Verbindung mit Massenarbeitslosigkeit das Existenzminimum der Arbeiterklasse weiterhin senken werden. Mit dem Schwinden der deutschen Konkurrenzfähigkeit dessert sich die Konjunkturkurve der anderen großindustriellen Staaten, wie aus nachstehender Zusammenstellung zu ersehen ist:

Bewegung der Arbeitslosigkeit

Monat	Deutschland	England	Belgien	Polen	Spanien	Österre-	Österre-	Spanien
1922-April	0,9	17,0	8,8	11,4	24,0	28,8	25,4	10,4
Mai	0,7	16,4	7,0	10,5	18,1	23,3	21,4	7,4
Juni	0,6	15,7	6,0	9,5	18,2	20,5	16,5	5,3
Juli	0,6	14,6	5,8	9,4	12,9	19,8	11,9	—
Aug.	0,7	14,4	4,1	9,2	11,1	—	—	—

Wenn die deutschen Zahlen auch noch einen außerordentlich niedrigen Stand zeigen, so ist doch in den letzten Wochen eine außerordentlich starke Versteifung auf dem Arbeitsmarkt zu verzeichnen gewesen. Insbesondere in den Zweigen der graphischen Industrie zeigte sich starker Mangel an Aufträgen, aber auch die übrigen Produktionszweige zählen nur noch an Bestellungen, die binnen kurzem aufgearbeitet sein werden, da angesichts der Entwicklung der deutschen Preise schwerlich Bestellungen aus dem Auslande kommen werden. Damit wird die Passivität der deutschen Handelsbilanz noch verhängnisvoller werden, wenn nicht endlich im Innern des Reiches eine aktive Wirtschafts- und Währungspolitik getrieben wird, der freilich alle bürgerlichen Parteien den größten Widerstand entgegensetzen.

Der 5. November muss den bürgerlichen Parteien des ganzen Reiches zeigen, dass die Arbeiterschaft diesen verhängnisvollen Schleuder nicht mehr dulden will.

Die Erhöhung der Eisenbahnlöhne.

WTB. berichtet: Wie bereits vor mehreren Tagen mitgeteilt worden ist, werden mit Rücksicht auf die katastrophalen Preissteigerungen die Gütertarife der Reichsbahn am 1. November um 50 Prozent erhöht. Die Meldung eines heutigen Abendblattes, dass eine weitere Erhöhung der Gütertarife um 100 Prozent vom 1. Dezember ab beabsichtigt sei, ist aus der Luft gegriffen. Die weitere Entwicklung der Gütertarife hängt durchaus von der heut noch nicht zu übersehenden weiteren Preisenwicklung ab. Unschiedlich handelt es sich bei der Meldung um eine Verwechslung mit den Personentarifen der Reichsbahn. Diese werden am 1. November um 100 Prozent und am 1. Dezember um weitere 100 Prozent erhöht und zwar, um eine Angleichung der Personentarife an die Gütertarife der Reichsbahn anzubauen.

Aktivität der Rechtsbolschewisten.

Ein Aufruf Ludendorffs.

Berlin, 1. November. (Eigene Drahtmeldung.) In einem Aufruf, der wie manches anderes zeigt, dass bei den rechtsextremen Gruppen gefestigte Altkräfte herrscht, sagt Ludendorff, die Behauptungen, dass politische Mordanschläge in derselben Wegrichtung liegen, von der er eine Wiederaufrichtung Deutschlands erhofft, gehörte zu jenen Lügen, durch die wegen ihres erzieherischen und väterländischen Wirkens mit nahestehenden Verbänden, z. B. der Verein nationaler Soldaten, der Jungdeutsche Orden, dem Gesetz zum Schutz der Republik zum Opfer gefallen sind. Man sollte endlich wissen, dass ich einen Mordanschlag über Gewaltakt gegen Männer auf verantwortlichem politischen Posten, auch wenn ihr Wirkung dem Belangen des Vaterlandes zuwiderlaufen erscheint, als eine Versündigung gegen die Wiederaufrichtung derselben betrachte. Diese Männer sind Träger eines Systems, zu dessen Bekämpfung auch wenn es selbst seine Macht gewalttätig missbraucht, andere Mittel dienen. Hierbei steht für mich an erster Stelle die Einigkeit der die weit genug reichenden väterländisch führenden Kreise und ihr geschlossenes, zielgerichtetes, kraftvolles Wollen und Handeln in der Erkenntnis ihrer Pflicht. Erlangen des entscheidenden Einflusses auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und ethischem Gebiet, bar jeder Selbstsucht der Parteien, von Verbänden und den einzelnen.

Der Vorwurf sagt dazu, dass die Verbände, denen Ludendorff nahestehet, mit demselben Recht verbeten seien, mit dem sein „Liebe Günther“ im Buchthaus läuft. Trotzdem sei das Treiben dieses von Eitelkeit geplagten und vontriebshafte Betätigungsdrang erfüllten Mannes eine Gefahr. Die Republik hätte schon längst die Kraft finden müssen, ihm einzusperren, was er für seine Beteiligung am Kapp-Putsch ohne weiteres verdient hätte. Jetzt sieht er sicher in München, habe aber das Verlangen, wieder einmal ganz zusätzlich um 8 Uhr früh beim Brandenburger Tor spazieren zu gehen, schwerlich ausgegeben.

800 Millionen M.

für das Braut-Geschenk!

Das Volk hungert —
Bürger Hohenzollern verschwendet!

Wenn am 5. November die Wähler Sachsen an die Wahlurne treten, wird der kaum erst verwirklichte Bürger Hohenzollern in Doorn seine zweite Frau zum Altar führen. Obwohl in den monarchistischen Blättern spaltenlang über die Not des Ausreihers oszilliert wird, bestätigt er sich noch ganz in dem Gefühl des Verschwenders, der das deutsche Volk an den Rand des Abgrundes gebracht hat. Bürger Hohenzollern hat bei mehreren Juweliertümern in Berlin den Beauftragt für seine kommende Frau in Aussicht gegeben, über den folgendes berichtet wird:

Das Hauptstück des Schmucks bildet ein Brillantdiadem, das aus nicht weniger als 700 Brillanten zusammengesetzt ist. Von diesen wiegen die kleinsten ein halbes Karat, die Hauptsteine sind von erlesenster Pracht und Größe. Ober- und Unterteil des Diadems sind aus Platin, dem teuersten Metall, das zur Zeit den vielfachen Wert des Goldes hat, gearbeitet. Außerdem gehören zu dem Schmuck ein Anhänger und ein Paar Ohrringe, diese auf Feinsilber gearbeitet, aber gleichfalls mit kostbaren Diamanten besetzt. Der Wert des Diadems allein wird von Fachleuten auf 800 Millionen Mark geschätzt.

800 Millionen für ein Brautgeschenk. 800 Millionen, damit sich die zweite Frau des Verschwenders mit Brillanten, in Platin und Gold gesetzt, behängen kann.

Währenddessen leidet das deutsche Volk bitterste Not. Millionen von Kriegsbeschädigten, Kriegerwitwen und Kriegerwohlfahrtshäusern hungern. Sie sind nicht imstande, das zum Leben unbedingt notwendige Brot zu erwerben. Wilhelm aber, der Hauptheilige der Arbeiterschaft, verschwendet fast eine Milliarde Mark, um seinem Größenwahn weiter zu frönen.

Das deutsche Reichsbudget steht vor dem vollständigen Zusammenbruch, der Bürger Wilhelm, der 800 Millionen übrig hat für das Brautgeschenk seiner zweiten Frau, hat bisher vollständig vergessen, für die Einkünfte seiner Güter in Deutschland und auch nur einen einzigen Pfennig Steuern zu bezahlen. Dafür verzichtet er Milliardenwerte nach dem hochvalutären Holland. Was aber summert der Letzte der deutschen Byzantiner das Geld seines Volkes? Was summert ihm, wenn alle die am Hungertuch nagen, denen er durch seine Großmannssucht den Vater, den Ernährer raubte?

Die bürgerlichen Parteien, die Stinnespartei und die Deutschnationalen, sind Vertreter dieses monarchistischen Systems, das etwas Teratologes ermöglicht.

Wähler Sachsen, wollt ihr, dass durch eine Rückkehr des monarchistischen Systems bestartige Zukunft von neuem möglich werden?

Das kann nicht einer Wille sein! Daher votiert am 5. November gegen die Verschwendungspraxis der Monarchisten, votiert für die republikanische Staatsverfassung, deren alleinige konsequente Vertreterin die Vereinigte Sozialdemokratische Partei ist. Ihre Spitzenkandidaten lauten:

Lipinski-Hagen-Frau Schilling!

Zur bayrischen Ministerkrise.

Wie die Korrespondenz Hoffmann meldet, steht der Rücktritt des Grafen Verchensfeld nunmehr fest. Eine offizielle Mitteilung an den Landtag spricht darüber, dass der Grafen Verchensfeld seinen Rücktrittsgesuch bereits im Laufe des Dienstags übergeben werden. Wie die Münchner Neuesten Nachrichten mitzuteilen wissen, hat der Staatsrat Dr. Meyer im bayrischen Justizministerium, der von der Deutschen Volkspartei als Nachfolger des Grafen Verchensfeld als Ministerpräsident in Aussicht genommen war, ergraut, von seiner Person für die Wahl als Ministerpräsident Abstand zu nehmen.

Wirkungen des Papierwuchers.

Berlin, 1. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Germania, das Berliner Zentrumorgan, erscheint von heute ab nur noch einmal täglich, und zwar abends, zum Preise von 300 Pf. monatlich.

Hermes' Prozeß gegen die Freiheit.

SPD. Am Dienstagvormittag begann vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I Berlin der Prozeß des Reichswirtschaftsministers Dr. Hermes gegen die Freiheit. Der Streitgegenstand ist bekannt. Es handelt sich um die Weinbezüge des Reichsfinanzministers Dr. Hermes. Verteidiger des Angeklagten, des früheren Freiheit-Rabekleers Robert Henzel, sind Rechtsanwalt Dr. Levi und Rechtsanwalt Dr. Boenheim. Verteidiger von Dr. Hermes ist Dr. Ulberg, desselbe Ulberg, der den Prozeß Helfferichs gegen Erzberger führte.

Zu Beginn der Verhandlung verfuhr der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Nehn, einen Vergleich herbeizuführen. Dieser Versuch mißlang. Redakteur Henzel erklärte, dass er die volle prengechte Verantwortung für die unter Anklage gestellten Artikel übernehme. In einer Erklärung, die unmittelbar danach Redakteur Henzel verliest, wird besonders mit Nachdruck hervorgehoben, dass der sprüngende Punkt des Falles darin liege, ob ein Beamter Geschenke annehmen dürfe oder nicht.

Zunächst dreht sich die Verhandlung um die Frage der Zustimmung. Dr. Hermes erklärt, dass bis zum Dezember 1920 übliche System der Zuweisung habe verlängert, und deshalb seien schließlich die Klagen der Winger direkt an die Reichsbehörden gelangt. Unabhängig von den Eingaben des Wingerverbands habe eine Aussprache im Reichstag mit Vertretern der Winger und rheinischen Abgeordneten stattgefunden, die den Anstoß zu einer Änderung des Zuweisungssystems gegeben habe. Rechtsanwalt Dr. Levi fragt nun Dr. Hermes, ob der Wingerverbund der erste Verband gewesen sei, an dem man das neue System erprobt habe. Dr. Hermes antwortet auf die Weise, die Eingaben des Wingerverbands seien geschäftsmäßig behandelt worden. Schließlich stellt sich das Frage und Antwortspiel wieder zu, dass Dr. Levi an Hermes die Frage richtet, ob er bei jener Aussprache im Reichstag am 17. Dezember und bei der nachfolgenden Sitzung am 18. Dezember, als der Umschwung zum neuen Zuweisungssystem erfolgte, an seine Weinbezüge gedacht habe. Dr. Hermes wird über diese Frage etwas erregt. Er verneint die Frage.

Nach der Mittagspause kommt die Verhandlung auf die Frage der Weinbezüge. Bei verschiedenen Fragen des Vorsitzenden an den Reichsfinanzminister kommt es zu peinlichen Augenblicken, so z. B., als der Vorsitzende betont, er finde es eigenartig, dass Dr. Hermes bis von einem höheren Beamten private Angelegenheiten (Weinlieferungen) erledigen lasse. Der Ton, den der Direktor des Zentralen Wingerverbands in seinem Briefe Dr. Hermes gegenüber anzuholen beliebt, wird vom Vorsitzenden als „plump vertraulich“ charakterisiert.

Die Frage über den Handelswert und die Produktionskosten der gelesesten Weine bringt Dr. Hermes bestimrende Augenblicke. Bisweilen wendet er sich vor den Fragen Dr. Levis und Boenheims flüchtig, hilfesuchend an den Vorsitzenden, der jedoch darauf besticht, dass die eine oder andre Frage dieser beiden Vertreter des Freiheit-Rabekleers beantwortet werden wird. In die Enge getrieben, gibt Dr. Hermes zu, dass er nie mehr so gutgläubig bei beratigen Anlässen handeln werde, wie er es in der Weinlieferungs-Ursache getan habe. Nach wie vor bestreitet er, dass ihm das Bewußtsein, verdächtige Geschenke empfangen zu haben, völlig gefehlt habe. Zum Schluss des ersten Verhandlungstages erinnert Rechtsanwalt Dr. Boenheim Herrn Hermes daran, dass er in dem Prozeß des Ministerpräsidenten Braune gegen die Magdeburgische Zeitung im Gegensatz zu seinem eigenen

Rom, 21. Oktober. Gestern nachmittag entstand in dem von der ermordeten Bevölkerung bewohnten Stadtteil Tiburtino ein Streit zwischen Nationalen und Kommunisten. Nach Blättermeldungen sollen hierbei acht Beteiligte getötet und zahlreiche verwundet worden sein.

Kroiss verbleibt in Berlin.

Berlin, 1. November. (Eigene Drahtmeldung.) Infolge des vollen Staatsstreites wird Kroiss, der sich augenscheinlich in Berlin aufhält und seinen Urlaub in Italien verbringen wollte, zunächst noch in Berlin bleiben.

Die Forderungen der bayerischen Volkspartei.

Augsburg, 30. Oktober. (SPD.) Der Parteitag der Bayerischen Volkspartei, der am Sonntag zu Ende ging, nahm den überparteilichen Programmentwurf an. Ferner wurde folgender Antrag angenommen: Die Bayerische Volkspartei fordert 1. einen aufzuhaltenden Mindestlohn, stehenden Staatspräsidenten durch Volkswahl auf eine unbestimmte Anzahl von Jahren, 2. die Schaffung einer zweiten berufständischen Kammer, 3. den Ausbau der unmittelbaren Volksrechte durch Erleichterung der für Volksrechte und Volksbegehren gestellten Anforderungen.

Vom Kampf gegen den Alkoholmissbrauch.

In Breslau haben am Dienstag sämtliche Gewerkschaften von 2 bis 7 Uhr geschlossen zum Protest gegen eine Verordnung des Oberpräsidenten, nach der für die Provinz Niederschlesien der Ausschank von Branntwein in der Zeit von 9 Uhr abends bis 8 Uhr strikt verboten wird. Gleichzeitig hiessen die Gewerkschaften eine Protestversammlung ab, in der sie drohten, falls die Verfügung nicht zurückgenommen werde, alle Betriebe zu schließen und das Personal zu entlassen.

Der Reichsanzeiger veröffentlichte eine Verordnung zur Änderung des § 2 der Verordnung über Lebensmittel vom 8. September 1922. Danach dürfen die Brauereien in der Zeit vom 1. November 1922 bis zum 31. März 1923 Vollbier mit einem höheren Stammwürzegehalt als 10 v. H. nur bis zu einer Höchstmenge von 8 Prozent ihres Brauwerts hervorstellen.

Sperrung der Zuckereinfuhr.

Die Einfuhr von Auslandzucker ist vom 18. November an nur noch auf Grund beschränkter Einfuhrbewilligung zulässig. Die Sperrung der Einfuhr konnte vorgenommen werden, weil damit gezeigt werden kann, dass der Mundbedarf der Bevölkerung aus der inländischen Ernte hinlänglich befriedigt werden kann. Die erste Verteilung von Zucker neuer Ernte wird im Laufe des Monats November erfolgen.

Nationalratswahlen in der Schweiz.

Zürich, 1. November. Die schweizerischen Nationalratswahlen haben keine großen Veränderungen gebracht. Die Sozialisten haben ihr Reich bewahrt. Die zum erstenmal selbständigen auftretenden Kommunisten errangen nur zwei Mandate. Von den neuen Mandaten fielen fünf der Bauernpartei und drei den Katholisch-Konservativen zu. Das endgültige Ergebnis wurde erst am Donnerstag festgestellt werden können.

Die Umstellung der russischen Wirtschaft.

Als Kroiss, der russische Volkskommissar für den Außenhandel, füllt in der Zeitschrift "Der Wiederaufbau" erklärt, die kommunistische Wirtschaft sei überwunden, da verbargen die deutschen Kommunisten ihre Bedeutung hinter einem willigen Verleumungsgeheul. Sie behaupteten, die Neuerung Kroiss sei gescheitert worden. Jetzt hat auch der Vertreter Lenins, Kamenew, erklärt, dass in Sowjetrussland kein Mensch mehr an das kommunistische Nationierungsinstrument denkt. Die Spekulation wurde man zwar weiter energisch bekämpfen, aber Waren in Privatgeschäften beschlagnahmen — — wer das behauptet, der beobachtet lediglich eine Preistreiberei zu intensivieren. Wo auch der Vorsitzende des Moskauer Sowjets schwört alle kommunistische Wirtschaftsideale von gestern ab. Und bei uns — ?

Das Verfahren gegen die Scheidemann-Mitterländer. Die Anklage steht im Untersuchungsverfahren wegen des Mordanschlags auf Scheidemann, ist, wie aus Berlin gemeldet wird, jetzt fertiggestellt. Die Erhebung der Anklage vor dem Staatsgerichtshof dürfte in den nächsten Tagen erfolgen.

Gewerkschaftsbewegung.

Generalversammlung der Metallarbeiter.

Vergangene Woche fand die äußerst gutbesuchte Generalversammlung der Metallarbeiter statt, in der Kollege Teichgräber den Geschäftsbericht gab. Danach mussten im verlassenen Quartal über 100 kurzfristige Lohnabschlüsse für die verschiedenen Gruppen und Branchen abgeschlossen werden, in 26 Fällen konnte nur durch Arbeitseinstellung zum Ziel gekommen werden. Die erreichten Löhne entsprechen durchaus nicht der Teuerung. Das Statistische Amt der Stadt Leipzig ermittelte seit 1. Juli eine Preissteigerung von 23 Prozent, während die Lohnsätze nur um 17—22 Prozent gestiegen sind. Die Unternehmer behaupten bei jeder Verhandlung, die Forderungen der Arbeiter seien maßlos und unverhältnismäßig. Obige Zahlen zeigen, wie hilflos derartige Behauptungen sind. Am niedrigsten sind die Lohnsätze in der Großindustrie. Die Nachforderungen über die vom Schlüttungsausschuss festgesetzten Löhne hinaus sind bisher von den Unternehmern unbeachtet geblieben.

Die Vereinigung der Verbände der Metallindustrie für Sachsen hat die Verlangen gestellt, für Sachsen ein einheitliches Lohnabkommen zu treffen. Die Ortsverwaltung erachtet darin eine Hemmung der Bewegungsfreiheit der örtlichen Verwaltungsstellen. Aber infolge der Sitzung der übrigen Orte, die sich an der zentralen Lohnregelung beteiligen, wird auch Leipzig gezwungen werden, sich anzuschließen, wenn es sich nicht leidet Einflusses und seiner Mithilfe auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse begeben will.

Für die Lehrer ist ein Schiedsgericht gefordert worden, das die Entlohnung derselben regelt. Die Unternehmer weigern sich aber trotz der Verbindlichkeitserklärung, diesen zu erfüllen. Sie haben die Rechtskraft bestellt bereit beim Landgericht angefochten und angefordert, den Rechtsstreit bis zur höchsten Instanz, dem Reichsgericht, durchzuführen. Sie wollen sich unter allen Umständen die Ausdeutungsfreiheit der Lehrer sichern. In der Mitgliederzahl ist ein Zuwachs von 1800 zu verzeichnen. Auch die Betriebsleitung ist gut.

Die Tätigkeit der Ortsverwaltung gab keinen Anlass zur Kritik und wurde gutgeheißen. Die Kollegen Dosek und Lieberasch wendeten sich gegen die Haltung des Hauptvorstands bei der Führung der Lohnkämpfe und gegen die Beschlüsse des erweiterten Beirats. Dosek forderte Kontrollausschüsse und Lieberasch konnte durchaus nicht begreifen, dass der erweiterte Beirat entschieden Stellung genommen hat zu der kommunistischen Versplitterungsaktion, die mit dem Betriebsrat Kongressrummel getrieben wird. Lieberasch forderte „Zusammenfassung der Kämpfe und Verbreiterung der Kampfbasis“. Im kleinen Atemzuge verlangte er aber, dass der Vorstand gegen die übliche Bezirksleitung eingesetzt, die die zentralen Verhandlungen fördere. Es bestreite durch die Zusammenfassung der Lohngebiete die Gefahr, niemals einen Kampf führen zu können. Lieberasch befürchtet also, je größer das Kampfgebiet, um so schwieriger die Führung des Kampfes. Und trotzdem er diese Einsicht hat, fordert er „Er-

widerung des Kampfes und Zusammenfassung der Lohnkämpfe“. Dem Kollegen Teichgräber war es leicht, die unberechtigten Angriffe zurückzuweisen. Durch Beschluss der Versammlung wurde die Ortsverwaltung ermächtigt, zwecks weiterer Lohnregelung an den zentralen Verhandlungen teilzunehmen. Als Haustässler wurde Kollege Gustav Schneider mit 784 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Ernst Mörge erhielt 668 Stimmen.

Die von der Ortsverwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Kartellbeiträge und der Unterstützungsätze aus der Lokalkasse wurden einstimmig angenommen. Die Beiträge betragen demnach ab 44. Beitragswöche in der 1. Klasse 90 Pf., 2. Klasse 70 Pf., 3. Klasse 55 Pf., 4. Klasse 35 Pf., 5. Klasse 12 Pf. pro Woche. In der Diskussion wurde gefordert, den Wochenbeitrag zulasten nach der Höhe eines Stundenlohns zu bemessen.

Hierauf wurde Stellung zu der beantragten Erhöhung der Kartellbeiträge genommen. Diese gilt hauptsächlich der Erhaltung des Volkshauses. In der Diskussion erfolgten durch die kommunistischen Redner die schärfsten Angriffe auf das Kartell und den Kartellausschuss. Geradezu widerlich benahm sich Lieberasch. Er mache den Kartellausschuss und dessen Vorsitzenden für die Verwendung der Arbeiterschaft verantwortlich und zwar deshalb, weil sie der Vorsitzende der Kommunistischen Partei nicht blind folge leisteten. Die neuen Wirtschaftsräume des Volkshauses seien zu einem Schlemmerlokal der Bourgeoisie herabgewürdigt worden. In der unverantwortlichen Weise richtete er seine halligen Angriffe gegen Gewerkschaften und die lästige Regierung. Er beantragte, die Erhöhung der Kartellbeiträge abzulehnen. Er erzeugte durch seine Heiterkeit bei seinen kommunistischen Anhängern eine Pogromstimmung, dass es den Kollegen Schilling lange Zeit unmöglich war, zu Wort zu kommen, als er die Angriffe zurückweisen wollte. Als Schilling endlich zu Wort kam, widerlegte er mit lachlichen Argumenten die halligen Angriffe gegen den Kartellausschuss. Er hob besonders hervor, dass der allergrößte Teil der gefestigten Beschlüsse im Kartellausschuss einstimmig erfolgt sind, also auch die dem Ausschuss angehörenden Kommunisten stimmen dafür. Beigleich der Angriffe auf die Einrichtung des Volkshauses konnte er mit Recht darauf hinweisen, dass das Volkshaus der Stolz der Leipziger Arbeiterschaft ist und der Ruf desselben als ein mustergültiges Arbeitshaus weit über Leipzigs Mauern hinausreiche. In derselben Weise wie Lieberasch übten sich noch verschlechtezte kommunistische Redner, so dass er in späterer Nachstunde die Versammlung ihr Ende erreichte. Bei stark gelöster Verhandlung wurde der Antrag auf Erhöhung der Kartellbeiträge von den Kommunisten abgelehnt und der Antrag Lieberasch gegen eine starke Minderheit angenommen. Lediglich hatten viel besonnene Kollegen die Versammlung vorzeitig verlassen, angewandert durch die unwürdigen Treibereien der Kommunisten. Das ist aber ganz falsch, denn dadurch wird den Kommunisten nur das Feld überlassen, die es für ihre Partizipazion ausnutzen. Deshalb gilt für alle Kollegen, die zu fruchtbarem Gewerkschaftsarbeit bereit sind, diesem Treiben energisch entgegenzutreten und bis zum Schluss auszuhalten.

Kommunistischer Betriebsrätekongress.

Um vergangenen Sonntag fand in Dresden der von der KPD veranstaltete sächsische Betriebsrätekongress statt. Die KPD hatte etwa 800 ihrer Mitglieder aus allen Teilen Sachsens, hauptsächlich aus den Gebirgsgegenden, aufgeboten. Wie wenig sonst die Tagung Beachtung fand, zeigt die Tatsache, dass auf der Galerie kaum hundert Zuhörer anwesend waren.

Aus dem Bericht der Mandatprüfungskommission ging hervor, dass 389 Abwesende (davon 80 Prozent Kommunisten, 10 Prozent SPÖ, (?) und 10 Prozent Parteilose) stimmberechtigte Mandate besaßen. Daneben waren anwesend 34 Vertreter verschiedener Verbände und Gruppen, sowie 40 Betriebsräte als Gäste. Es saßen 243 Betriebe — für das Industrie Sachsen nur eine Handvoll — vertreten sein mit 400.000 Arbeitern. Die Hauptfrage aber wurde nicht aufgelöst, nämlich ob die Delegierten Beauftragte der Gesamtheit oder nur einer Minderheit, eines kleinen Gruppens im Betrieb waren. Die Erfahrung spricht in der Mehrzahl der Fälle für das letztere.

Grothe-Berlin berichtet über den Stand der Bewegung im Reichsverband der Gewerkschaften der Kommunisten an bis heute, natürlich unter den üblichen Ausfällen gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsleitung, die dieser Eigenbröder sich entgegenstellt. Die geforderte Betriebsrätekongressbewegung hat nach Grothe besonders in den bisher politisch noch rückständigen Gegenden Kämpf aufgefunden. Sonst brachte Grothe Rederaten, die man von jedem kommunistischen Versammlungsschein hören kann.

Brandtler-Berlin sprach über die wirtschaftliche und politische Lage. Er beschwerte sich, dass die Genossen Dörmann und Feilitzsch, die man als Korreferenten zu den zwei Hauptpunkten ohne deren Zustimmung aufgestellt, ihr Er scheinen abgelehnt haben. Die Ausführungen Brandlers boten absolut nichts Neues, das schienen selbst die Versammlungen zu merken, denn sie antworteten auf die „geistreichen“ Schläger und die kräftigsten Schimpfworte nicht mit den geringsten Befallszeichen. In der Rede Brandlers hagelte es nur so von Vorwürfen, Imitation, von Politikanten, Sozialpazifisten und -praktizanten, vertrockneten Gewerkschaftsleuten, Tröpfen usw. Diese haben nach Herrn Brandler nach 1918/19 nicht weniger als alles verpuscht. Herr Brandler prophezeite den Fall der Vereinigten Sozialdemokratie, weil sie den Kampf gegen die Teuerung nicht mit den (ungeeigneten) Mitteln der Kommunisten führen will. Der Gegensatz hierzu sei Russland, das sich aus dem Chaos herausarbeite mit Hilfe der auswärtigen Kapitalisten, denen man Konzessionen macht. (Und keiner der Delegierten merkte den Widerspruch; denn kaum eine Versammlung vorher hatte Brandler den Genossen Kaufmann und die Sozialdemokraten in Grund und Boden verdorben, weil sie die niedergebrochene deutsche Wirtschaft nicht sofort und restlos sozialisierten wollten.) Über auch in Russland sei eine elterne Disziplin (will sagen: brutalist, mit Tod arbeitender Terrorismus) nötig. Nehmen wir uns daran ein Beispiel — meine Herr Brandler — es gilt alles zu gewinnen oder zu verlieren.

In der Aussprache traten mehrere Redner für die Räte-Diktatur ein, da mit der Humanität nicht erreicht worden sei. Die Arbeiter müssten sich eben über die Köpfe der Führer-Rouen hinweg lassen. Die Gewerkschaften seien nicht mehr als Kampforganisationen anzusehen. Alle Kontrollausschüsse seien zu unterstützen, mit oder gegen die Gewerkschaften. Besondere Furcht offenbart sich wegen der Drohung, die Spaltungshelden aus den Gewerkschaften auszuschließen. Davor solle man nicht zurücktreten, denn bei der Größe der Sympathie für die Räte sei sie nicht durchzuführen.

Söder-Berlin „redete“ über den Kampf gegen die Teuerung und für die Kontrolle der Arbeiterschaft, wobei er das bereits Gefagte zum großen Teil zum dritten Mal wiederholte. Ohne Beweis behauptet er, die Sozialdemokratie sei selbst an der Volksausbeutung beteiligt. Man werde die Staatsgewalt auch ohne Politik und außerhalb des Parlaments erobern, wenn ja, wenn man erst die rechte Haushalt organisiert habe (welch eine weitausgewogene Weisheit!). Bei den Wahlen in Sachsen erhoffte Redner eine proletarische Mehrheit, deren linke Flügel dann mit den Räten den Kampf gegen den reaktionären Reichstag aufzunehmen habe.

Der Arzt Schmid-Eller referierte dann über den Kampf um die Erhöhung des Gesundheitszustands der arbeitenden Bevölkerung. Seinen hygienischen und medizinischen Ausführungen konnte man zustimmen, nicht aber seinen politischen, die sich in der Bahn seiner Vorredner bewegten.

Es lagen drei lange gedruckte Resolutionen vor, die niemand gelesen und in den Debatten beachtet hatte. Sie werden am Schlusse der Tagung ebenso einstimmig angenommen, wie eine von Dr. Schmid im Sinne seines Referats eingebrochene und eine letzte, die die Beteiligung am RVR-Kongress für den Einzelnen wie für Organisationen empfiehlt.

Gegen kommunistische Versammlung.

In Nummer 249 der Sächsischen Arbeiterzeitung wird unter der Spalte: Erste Worte an die Textilarbeiter Leipzig's der Schmuggel in ausgiebiger Weise über unsere ehemaligen Kollegen Käfer ausgegossen. Die geweihte Art, wie ein an sich harmloser Vorfall zu Agitationszwecken ausgenutzt wird, veranlasst uns, zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Die Behauptungen des Antikommunisten über Käfer politische Umstaltung u. u. wollen wir außer Betracht lassen, und uns lediglich mit Käfer als Betriebsratsmitglied und Betriebsobmann der Kammgarn-Spinnerei Gaußsch beschäftigen, da eine gemeine Lüge wohl je über einen Kollegen verbreitet sein dürfte.

Den Lesern möge das Urteil nach folgender Darstellung vorbehalten bleiben:

Käfer war nach Ablauf des letzten Geschäftsjahrs auf eigenen Wunsch nur als Erbähnigter aufgestellt, da er gesundheitlicher Beschwerden wegen sich den Ansprüchen nicht mehr gewachsen glaubte. (Erst später rückte er wieder aktiv nach.) Wegen eines Magenübers wurde Käfer vom Arztarzt frank geschrieben. Seitens der Direktion wurde Käfer zu seiner Pflege eine Summe aus dem bestehenden, nach vieler Mühe vom Arbeiterrat geschaffenen Unterstützungsfonds angeboten, was Käfer jedoch im Beisein des damaligen Betriebsratsmitglieds Meister Straube strikt ablehnte. Der Arbeiterrat, welcher den Fonds verwaltet, reichte nun seinerseits um Genehmigung der Unterstützung bei der Direktion einen Antrag ein, wie dies bei allen andern Fällen auch üblich ist. Die Festlegung des auszuzahlenden Betrags überließ der Arbeiterrat wie üblich der Geschäftsführung, um jede Kollision zu vermeiden. Der französische Kollege sträubte sich auch jetzt noch gegen die Annahme des Geldes, weil er im voraus ahnte, dass die Sache gegen ihn einmal verurteilt würde. Käfer, der genau so ein armer Teufel ist wie wir alle und der zur Wiederherstellung seiner Gesundheit das Geld auf Drängen des Arbeiterrats schließlich annahm, soll nun der Streik gestoppt werden, nur weil er gerade das Buch hatte, Betriebsratsmitglied gewesen zu sein. Hundert andre haben Unterstützungen empfangen und erhalten sie heute noch, denn „die Kasse ist noch nicht leer“. Am allerwenigsten ist Käfer mit dem „Fonds“ in Erholung gefahren, man sieht dem Sach in der S. Arbeiterzeitung die Verlogenheit und Gemeinheit an. Käfer, der hingestellt wird, als ob er mit Genehmigung aller die Arbeiterschaft bestellt hätte, besteht unser ganzes Vertrauen. Er hat jederzeit als Kommunist wie später auch als SPÖ-Mann (nicht SPD, Herr Antikommunist) die Interessen der Belegschaft mit voller Hingabe vertreten. Einiges Ehrentümliches kann Käfer hier niemand anwerfen, obwohl er wegen seines Partiewechsels stark beschädigt wurde.

Nach obiger Darstellung dürfte die Angelegenheit hinreichend geklärt sein, man sieht wieder einmal: kein Mittel ist schöb genug, wenn es nur dem Zweck dient. Nur weiter so, und die Arbeiterschaft wird Erfreuliches entnehmen.

Der Betriebsrat der Kammgarn-Spinnerei U.G. Gaußsch. R. Zeiger. O. Heinemann. A. Geiger. R. Simon. R. Pfau.

Neue Verhandlungen im Bankgewerbe.

Am Dienstag fanden im Reichsministerium Verhandlungen über die vom Reichsverband der Bankleitungen beantragte Verbindlichkeitserklärung des Schiedspruches vom 12. Oktober statt. Mit besonderem Nachdruck nahmen speziell die Vertreter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten gegen den Antrag Stellung. Eine Verbindlichkeitserklärung dieses unmöglichen Schiedspruches würde die Organisation mit dem Aufruf zum allgemeinen Streik beantworten. Nach mehrstündigem Verhandlung machte der Vorsitzende den Vorschlag, in interner Sitzung einen Einigungsversuch zu machen. Der Allgemeine Verband machte seine Zustimmung zu diesem Vorschlag davon abhängig, dass der Reichsverband der Bankleitungen seinen Antrag auf allgemeine Verbindlichkeit juristisch und erläutert, den Schiedspruch vom 12. Oktober als gegenständlos zu betrachten, dagegen bereit zu sein, in sofortige freie Verhandlungen mit den Angestellten-Organisationen zur Festlegung angemessener Oktoberbezüge auf Basis der freien Vereinbarung vom 15. September einzutreten.

Die internen Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, dass am Donnerstag die Reichsärztpflichten zu neuen, freien Verhandlungen zusammengetreten.

Das Exekutivkomitee der Transportarbeiter - Internationale hat die Aufnahmegesuche der lettischen Eisenbahnerorganisation und des dänischen Eisenbahnverbandes genehmigt. Der politische Eisenbahnverband hat seine Aufnahme in die Internationale beantragt.

Ende des Pfälzer Bahnhofsstreiks. Der Streik auf den Pfälzer Bahnen ist durch eine Einigung in der Lohnfrage beigelegt worden.

Um die Löhne der Reichsarbeiter. Die Verhandlungen mit den Spartenorganisationen über die Erhöhung der Arbeitersätze für November haben gestern im Reichsfinanzministerium zu einer Einigung geführt.

Versammlungskalender.

Mittwoch, den 1. November.

Wählerversammlungen:

Alt-Deutschland, Volkshaus, 1/8 Uhr.
Neubrandenburg, Turnhalle, 1/8 Uhr.
Bautzen, Palmenarten, 1/8 Uhr.
Görlitz, Alter Bahnhof, 1/8 Uhr.
Harrmannsdorf, Bahnhof, 1/8 Uhr.
Leubnitz, Bahnhof zur Linde, 1/8 Uhr.
Nossen, Bahnhof, 1/8 Uhr.
Cottbus, Bahnhof, 1/8 Uhr.
Böhmen, Schule, 1/8 Uhr.
Blankenburg, Bahnhof, 1/8 Uhr.
Aue, Bahnhof, 1/8 Uhr.

Flughafen bei Raum, Bahnhof Gerber, 1/8 Uhr.

Metallarbeiter (Betriebsräte und Obmänner, Untergruppen 1, 2 u. 4), Volkshaus, Café, 7 Uhr.

Donnerstag, den 2. November.

Wählerversammlungen:

Alt-Lipsia (Zentrum), Kunstabteilung, 1/8 Uhr.
Alt-Lipsia (Osten), Pantheon, 1/8 Uhr.

Alt-Lipsia (West

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 1. November.

Parteiangelegenheiten.

Bezirk Jena (D.S.P.D. Alt-Leipzig). Donnerstag, den 2. November, abends 7 Uhr: Neujahr wichtige Mitgliederversammlung im Restaurant Stadt Mannheim, Burgstraße 13.

Alt-Leipzig, Südbezirk. In der gestrigen Sitzung im Volkshaus ist ein Schriftsteller geblieben. Abzuhören beim Genossen Koch, Elisenstraße 85.

D.S.P.D. Alt-Leipzig, Westen 11. Alle Funktionäre, Wahlhelfer, Sportler und Genossinnen, Donnerstag, den 2. November, abends 7 Uhr, bei Appensfelder, Poniatowskystraße zur Wahlarbeit.

Alt-Leipzig, Bezirk Norden. Heute abend, von 15 Uhr an: Flugblattverbreitung. Abzuhören im Restaurant zum Appelboom, Berliner Straße 34. Jeder Parteigenosse, der einen günstigen Wahlausfall für uns erwartet, hat zu erscheinen. Gilt es doch, die letzten Vorbereitungen zur Wahl zu treffen.

Anger. Funktionäre und Wahlhelfer! Donnerstag, nachmittags 15 Uhr: Flugblattverbreitung. Angerlädelchen, Zwölfaudorfer Straße, und Band, Bernhardstraße. Alle müssen zur Stelle sein. Keiner darf fehlen!

Schöneweide. Mächtig Freitag, abends 8 Uhr: Wichtige Funktionärsitzung. Alle Wahlhelfer haben zu dieser Sitzung mit zu erscheinen.

Thonberg-Nordendnitz. Donnerstag, den 2. November, abends 18 Uhr, im Restaurant Alte Nr. 1, Reichenhainer Straße 2: Zusammenkunft der Funktionäre und aller Mitglieder, die am Wahltag und unterstehen wollen. Wir brauchen viele Helfer.

Ortsverein Plagwitz-Vinzenau-Schleußig. Die Flugblattverbreitung erfolgt von nachmittags 2 Uhr ab in folgenden Ausgabestellen: L-Lindenau: Filiale der Leipziger Volkszeitung, Odermannstraße; L-Plagwitz: Filiale der Leipziger Volkszeitung, Weissenfelser Straße; L-Schleußig: bei dem Genossen Thielemann, Könneritzstraße 49, part. — Die Genossen von Schleußig treffen sich Donnerstag, den 2. November, abends 7 Uhr, zu einer wichtigen Wahlversprechung bei dem Genossen Thielemann, Könneritzstraße 49.

Großjohscher. Funktionäre und alle Parteigenossen und Genossinnen, die sich an der Wahlarbeit beteiligen wollen, treffen sich am Donnerstag, dem 2. November, abends 7 Uhr, in der Schule.

Gutachter. Donnerstag, den 2. November, abends 18 Uhr: Sitzung im Feldschlößchen. Alle Genossinnen und Genossen des Turn- und Sport-, des Gelang- und Ortsvereins, sowie der Jugend, die Wahlarbeit leisten wollen, müssen erscheinen. Funktionäre und Wahlhelfer müssen vollzählig zur Stelle sein.

Gaußsch. Alle Wahlhelfer und Funktionäre werden dringend eracht, in der Sitzung am Donnerstag, dem 2. November, abends 18 Uhr, in der Schule, Zimmer Nr. 12, zu erscheinen. Die Sportgenossen müssen ebenfalls anwesend sein.

Gaußsch. Es kann nicht anders. Die Genossinnen werden eracht, an der Sitzung der Wahlhelfer teilzunehmen.

Döhlisch. Alle Funktionäre und Wahlhelfer werden eracht, heute, Mittwochabend, vor der Versammlung, pünktlich 7 Uhr, in der Linde zu erscheinen.

Gewerkschaftsfunktionärsrat. Holt sofort bei eurer Gewerkschaft Kontrollscheine für die Landtagswahl und verteilt sie in euren Betrieben.

Wahlhelfer heraus!

Nur noch wenige Tage trennen uns von der Wahl. Diese kurze Zeit gilt es, mit erhöhter Anspannung aller Kräfte für den Sieg der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zu wirken. Die bürgerlichen Parteien machen alles mobil für diese Wahl. Ihre Kassen fließen von den Unternehmern reichliche Mittel zu, ihre Parteianhänger sind äußerst rege. Alle Bande der gesellschaftlichen Verbindungen werden vor den Gegnern ausgenutzt, für ihre Kandidatenliste Stimmen zu werben. Die Bürgerlichen wissen ja auch genau, was auf dem Spiele steht. Ihre Kraftanstrengungen lohnen sich, wenn es ihnen gelingt, die Mehrheit im Landtag zu erreichen und die sozialistische Regierung zu stürzen. Dann machen sich die Summen, die sie jetzt für den Wahlkampf zur Verfügung stellen, doppelt, dreifach, hundertfach bezahlt. Eine bürgerliche Mehrheit im Landtag würde schon dafür sorgen, daß durch erhöhte Ausbeutung des Proletariats den Unternehmernverbänden die Versicherungssummen — als die sie die Wahlkosten anschauen — wieder eingebrochen werden. Diese drohende Gefahr zwingt die Arbeitersklasse, alle Kräfte anzuspannen, um den bürgerlichen Sieg zu verhindern. Deshalb ist es gerade in den letzten Tagen vor der Wahl unabdingbare Pflicht aller aufgelaufenen Arbeiter- und Arbeiterrinnen, sich restlos für die Wahlarbeit für die Partei zur Verfügung zu stellen. Es gilt Flugblätter, Handzettel, Stimmzettel zu tragen, es gilt in Bekanntenkreisen für die Partei zu werben, es gilt namenslich unter den Frauen zu wirken! Die Gegner rechnen auch bei der diesmaligen Wahl damit, daß die Frauen als Schutztruppe der Reaktion missbraucht werden können. Dagegen muß die Arbeiterschaft mit allen Mitteln wirken.

In den letzten Tagen vor der Wahl müssen sich die Genossen und Genossinnen während ihrer ganzen freien Zeit der Partei zur Verfügung halten. Jede Genossin und jeder Genosse kann die Kleinarbeit für die Partei verrichten. Deshalb müssen in diesen Tagen die sonstigen Verpflichtungen und Gewohnheiten des täglichen Lebens zurückgestellt werden. Das gilt für die Hausarbeit der Frauen, das gilt nicht minder für die Arbeit, die von den Männern etwa in Gärten usw. außerhalb der Erwerbsarbeit verrichtet wird. Das gilt auch für Turner und Sportler, für Sangesbrüder und für Jugendgenossen. Wahlzeit ist außergewöhnlich, daher muß sich das Leben der Wahlhelfer in diesen Tagen auch von den sonstigen Tagen und Gewohnheiten unterscheiden. Je größer die Zahl der Helfer und Helferinnen, um so besser der Erfolg. Hat z. B. ein Stimmzettelverteiler nur wenige Familien zu besuchen, dann kann er um so besser und eingehender mit den Wählern und Wählerinnen über die Wahl sprechen. Wahlarbeit ist Arbeit aus Überzeugung und für die Überzeugung. Sie wird um so fruchtbare sein, je größer die Begeisterung ist, mit der sie geleistet wird. Die letzten Tage vor der Wahl müssen in Leipzig 50 000 Wahlhelfer aus den Beinen sein. Das Ziel ist die Anstrengungen wert und der Erfolg ist unsicher, wenn jede Genossin und jeder Genosse bis zum Wahltag und am Tage der Wahl seine Pflicht tut. Wahlhelfer heraus!

Deutschnationalen Attentatspläne in Leipzig.

Dem Sozialdemokratischen Presseamt wird aus Leipzig geschrieben: In Leipzig wurden vor einiger Zeit eine Anzahl Deutschnationalen, darunter besonders eine Frau Staudinger und ein Zeichner Herbert Nachner, verhaftet, nachdem man bei Nachner in seiner Wohnung, Marchnerstraße 3, Handgranaten, Gasmasken, Gewehrpistolen, Mineuwerperplatten und andre Waffen gefunden hatte. In dem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, das gegen die beiden genannten Personen schwört, hat Nachner, der im übrigen seine Schuld leugnet, zugegeben, daß er der Frau Staudinger im Juni und Juli dieses Jahres Handgranaten und Sprengkörpern und einem gewissen Helm 420 Stück Infanteriemunition gegeben habe. Er will die Waffen im März 1920 vom Zeitschriftenmagazin Regent Leipzig mitgenommen und sie im folgenden Monat im Keller seines Hauses vergraben haben.

Auf die Frage, wie Nachner dazu gekommen sei, dem Heinze die Waffen zu geben, hat Nachner vor dem Untersuchungsrichter erklärt: "Heinze war mir als Mitglied des Verbandes nationaler Soldaten bekannt und erschien mir deshalb vertraut wärmend. Ich selbst gehörte dem Verband nationalsozialistischer Soldaten nicht an. Ich bin zur Zeit lediglich Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. Früher habe ich der Organisation Eicher, den Brüdern vom Stein, dem Verein Silberner Schild, dem Nationalverband Deutscher Offiziere und dem Deutschen Herold angehört." Auch mit einem früheren Mitglied der Brigade Ehrenhardt, Vogelin, dem sächsischen Bevollmächtigten der bekannten Mordorganisation Consul, hat Nachner in Verbindung gestanden.

Die weitere Frage, wie Nachner dazu gekommen sei, der Staudinger die Sprengkörper zu geben und welche Zwecke damit verfolgt worden seien, erklärte Nachner: "Die Staudinger wandte sich an mich, weil sie wußte, daß ich genügend Beziehungen zu Kreisen habe, von denen sie annahm, daß es möglich sei, dort derartige Gegebenheiten zu finden. Die Staudinger versicherte mir, daß sie damit politische Zwecke verfolgt und daß die Sprengkörper entweder dem Geschäftsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Amtmeister von Broich, oder der Polizei übergeben werden sollten. Bei der Hinweise des ersten Sprengkörpers handelte es sich darum, daß der Anhänger eines Attentats bei einer Versammlung der USPD in dem Lokal Drei Mohren hervorzuheben werden sollte. Beim zweiten Male sollte die Handgranate bei einer Sonnenwendfeier der Deutschvölkischen Vereinigungen im Lunapark Verwendung finden. Es kam aber beim zweiten Male nicht zu einer Verwendung, weil die ganze Veranstaltung verboten worden war."

Der Vorsitzende der B. S. P. D., Reichstagsabgeordneter Hermann Müller spricht

heute Mittwoch, abends 8 Uhr
im Palmengarten zu Leipzig.

Sorgt für Massenbesuch!

Diese Aussagen genügen wohl, um zu beweisen, daß auch lässige Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei fleißig mit Attentaten und Scheinattentaten arbeiten, um durch Provokationen und Lockspektakeln Unruhen hervorzurufen und um dabei ihr Geschäft zu machen. Auch sächsische Deutschnationalen gehen dabei mit vollendetem Gewissenlosigkeit und ohne Rücksicht auf Menschenleben vor. Hoffentlich gelingt es, über den Sprengstoffbedarf der deutsch-nationalen Gefäßfertigung restlose Auflösung zu schaffen.

Wie die kommunistischen Schimpfereien wirken.

Die Methoden der kommunistischen Führer, die Mitglieder der D.S.P.D. in den Schnau zu ziehen, finden selbst bei den anständigen Kommunisten entschiedene Ablehnung. Das zeigt sich auch an der Wirkung, die einer der wütigen Schimpfartikel der Sächsischen Arbeiterzeitung, der am 24. Oktober erschien, auf einen Teil Kommunisten gehabt hat. In dem Artikel war gegen einen unserer Parteigenossen, der in der Textilindustrie besonders tätig ist, in der bekannten flegelhaften Manier losgezogen. Gegen einen ehemaligen kommunistischen Betriebsobmann war der Vorwurf erhoben, er habe mit einem Fonds der Arbeiter ein Erholungsheim aufgesucht. Zu diesem Vorwurf hat der in seiner Mehrheit aus Kommunisten bestehende Betriebsrat der Gaußsch'schen Spinnerei Stellung genommen, mit dem Ergebnis, daß er an die Sächsische Arbeiterzeitung eine Berichtigung schreibt. Der Berichtigung war die Erklärung beigelegt, wenn die Berichtigung nicht aufgenommen werde, würden die kommunistischen Betriebsratsmitglieder aus der Partei austreten. Der Sudelartikel der Sächsischen Arbeiterzeitung wurde am 27. Oktober in einer starkbesuchten Vertrauensmännerzirke besprochen, in der sich eine Anzahl Kommunisten in schärfster Weise gegen die Sächsische Arbeiterzeitung wandten und erklärten, daß sie aus der kommunistischen Partei austreten würden. In der Sitzung wurde von Kommunisten ein Vertrauensvotum für unsre Genossen eingebracht, das auch einstimmig angenommen wurde.

Die kommunistischen Kampfmethode wenden sich also gegen die Kommunisten selbst. Trotzdem muß man wünschen, daß endlich mit dieser Vergiftung des politischen Kampfes eingehalten wird, weil die gesamte Arbeiterbewegung darunter leidet. Solange freilich die kommunistischen Mitglieder nicht selbst ebenso energisch wie im vorliegenden Falle gegen die verleidenden, flegelhaften Methoden ihrer Führer auftreten, solange wird auch keine Besserung eintreten. Erfreulicherweise zeigt ja auch der Wahlkampf, daß es auch noch Kommunisten gibt, die anständig und sachlich ihre Parteiauffassung vertreten. Aber diese Art Kommunisten ist leider sehr dünn gesät, sie haben auch nicht viel Aussicht, in ihrer Partei Einfluß auszuüben. Denn im allgemeinen gilt bei den Kommunisten noch der als der Tückigste, der im Gesetz keine Klassengenossen am struppellosen mit Schmutz bewirkt.

Protest der Leipziger Gastwirte.

Am Montag fand in den Drei Schwanen eine Versammlung der organisierten Leipziger Gastwirte statt, die sich mit der Erhebung einer Getränkesteuer sowie mit dem Entwurf des Schankstättengesetzes beschäftigte. Nach einem Referat des Bundespräsidenten

Emil Köster-Berlin wurde einer Entschließung zugestimmt, in der es heißt, daß die Gastwirte fast entschlossen seien, sich mit allen gesetzlichen Mitteln gegen drakonische Vollzugsmaßnahmen und eine steuerliche Erdrosselungspolitik zu wehren. Die empfohlene Besteuerung des übermäßigen Verzehrs sei praktisch undurchführbar. Die Versammlung erhebe auch kräftigsten Protest gegen den Entwurf eines Schankstättengesetzes in seiner vorliegenden Fassung. Dagegen sei sie mit den Abänderungsvorschlägen des deutschen Gastwirtverbandes einverstanden. Sollte die Regierung diesen Vorschlägen nicht nachkommen, so würden die Spartenorganisationen aufgerufen, anzuordnen, daß die Gastwirtschaft in ganz Deutschland an einem Tage auf eine bestimmte Zeit geschlossen würden.

Wahlkarte für Wählerinnen und Wähler, die verhindert sind, am Sonntag in ihrem Wahlbezirk ihr Stimmrecht auszuüben, werden nur bis Freitag, den 3. November, nachmittags 4 Uhr, im Wahlamt, Neues Rathaus, Zimmer 185, ausgestellt. Wer einen Wahlkarte hat, kann auch, wenn er auf Reisen ist, außerhalb der Stadt Leipzig in einem andern sächsischen Ort wählen und wer in einem Krankenhaus ist, kann in dem Wahllokal seine Stimme abgeben, das der Instanz am nächsten liegt.

Notgeld an Eisenbahnhaltern. Der Verkehrsverein Leipzig teilt mit, daß die Reichsbahn sämtliche Eisenbahntassen angekündigt hat, nachdem der Reichsfinanzminister durch das Gesetz vom 14. August d. J. einzelnen Ländern, Städten, Gemeinden und Industrieunternehmen die Aussgabe von Notgeld gestattet hat, dieses Notgeld in den Grenzen des Geltungsbereichs anzunehmen und auch zu Zahlungen zu verwenden. Es wird an den Eisenbahnhaltern also Stills nur das Notgeld angenommen, dessen Aussgabe im Bereich der Reichsbahndirektion liegt; es würde zu einem Wirrwarr von verschiedenen Notgeldscheinen führen, wenn man seine Freizügigkeit und seine Geltung nicht auf bestimmte Landes- und Ortsgrenzen beschränkte. — Die Reichspostverwaltung hat es der Oberpostdirektion angehängt, das behördlich zugelassene Notgeld bei den Poststellen im Gemeindebereich und in der näheren Umgebung des Postastes in Zahlung zu nehmen. Nebenwegen müssen auch beschädigte Notgeldscheine von dem Herausgeber eingelöst werden, wenn ein Teil des Stückes vorgelegt wird, der größer ist als die Hälfte.

Die Ausstellung der Mensch bleibt Leipzig noch bis Mitte November erhalten. Man schreibt uns über die sehenswerte Ausstellung: Wenn nach Schluss der Ausstellung das Gefechte und Geschiehte nun wirklich Eigentum der Ausstellungsbesucher geworden ist und sich im Leben des Alltags Hunderte von Anregungen bieten, das neue Wissen praktisch zu verwenden, die Augen für manche Seite unseres Lebens, die wir früher gar nicht bemerkten — durch diese beschreibende Sammlung geöffnet würden, werden diejenigen begeistert stehen müssen, die nicht "dabei" waren. Die Dinge und Vorgänge, die dort vorgeführt werden, lernt man nicht vom Hören, sehen, sehen muß man sie. Deshalb bildet sich ein jeder durch gedankenvolles Sehen! Die Ausstellung bietet reiches Material.

Das Reichswirtschaftsmuseum bleibt am Donnerstag, dem 2. November, für den öffentlichen Besuch geschlossen.

Sächsische Angelegenheiten.

Wieder ein abgestrafter antirepublikanischer höherer Beamter.

40 000 Mark Geldstrafe wegen schamlos erfundener Klatschereien

Vor einigen Tagen wurde der Regierungsrat Dr. Hänicke wegen unlautiger Schimpfereien über die sächsischen Minister und Volkskammerabgeordnete, die er durch Randbemerkungen in amtlichen Akten begangen hatte, vom Landgericht Zwickau zu 180 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die vom Staatsanwalt beantragte Gefängnisstrafe hatte das Gericht abgelehnt. In den letzten Tagen hatte sich ein Regierungsrat Dr. Geyer von der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg wegen gehässiger Klatschereien, durch die ein republikanischer Staatsbeamter herabgewürdigte wurde, vor dem dortigen Gericht zu verantworten. Er wurde zu 40 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Auch in diesem Falle folgte das Gericht nicht dem Antrage des Staatsanwalts, auf Gefängnisstrafe zu entlassen.

Orgeschäpplinge und Bürgerbundsmatadoren veranstalteten in Marienberg seit längerer Zeit alberne schmucke Sensation. Am 15. Juni wurde — wir folgen einem Bericht der Chemnitzer Volksstimme — eine dieser Orgeschäpplingen, ein Arbeitgeberverbandsvorsitzender Dr. Junge, wegen gewissenloser Verbreitung ordinärer Klatschereien über den der Linkslinie verdächtigen Rechtsanwalt Dr. Schmöger zu 6000 Mark Geldstrafe und am 7. September wegen ähnlicher Schmuckereien einem andern angesehenen Einwohner gegenüber zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Die zweite Auflage des ersten Prozesses wurde jetzt vor dem Schöffengericht Marienberg verhandelt. Diesmal lagte Rechtsanwalt Dr. Schmöger gegen den Regierungsrat Dr. Geyer vor, der Amtshauptmannschaft Marienberg beschäftigt, ist aber jetzt, wie er selbst sagt, "beurlaubt". Dieser Beamte der Republik spielte schon im ersten Junge-Prozeß als Zeuge eine höchst elementare Rolle. Er wollte damals zuerst sein Zeugnis überhaupt verweigern, gab dann aber nach und nach die "Möglichkeit" und schließlich sogar die "Wahrscheinlichkeit" zu, daß Dr. Junge an der Verbreitung der eründeten Klatschereien beteiligt war. Auf die Hauptdinge konnte sich Dr. Geyer aber absolut nicht entwinden. Jetzt als Angeklagter ist ihm nur das Gedächtnis insofern wiedergekommen, als es sich um Momente handelt, die seine Person entscheidend beeinflussen. Es waren 16 Zeugen geladen und mehrere Zeugen sind kommissarisch verhört worden.

Dr. Geyer wird beschuldigt, daß er trotz wiederholter Warnungen aus den Kreisen anständiger Leute immer und immer wieder den Klatsch verbreitet hat: Rechtsanwalt Dr. Schmöger sei Kommissar, bestensfalls USPD, er stehe mit Staatsanwalt Ahmuz in Verbindung, der eine üble Rolle spielt und in der Trunkenheit Auslastungen vorgenommen habe. Und mit einem solchen Menschen verkehrte Schmöger, der auch geheime Berichte an Minister Lipinski erfaßte, dessen Güsting ist, der in Marienberg auf Mariengeld läuft, um Amtshauptmann zu werden, der Spießelstätigkeit entfaltete, viel im Schlitten herumfährt und von der Parteiaffäre begeistert ist, um sie im Parteiewege auszuholzen.

Dies Klatschereien will Dr. Geyer von "glaubwürdiger Seite" zum Teil in Leipzig, zum Teil in Marienberg gehabt haben; er weigert sich aber, "aus Ansiedlungsseite" die Gewöhnsmänner zu nennen. Nur den Oberstolz Wangelin aus den Drei Schwanen, der ihm das von der anstößigen Trunkenheit des Staatsanwalts

Flugblattverbreitung

Donnerstag

Flugblattverbreitung in Groß-Leipzig

Beteiligt Euch zahlreich an dieser notwendigen Wahlarbeit, je stärker die Beteiligung, um so leichter wird die Arbeit für jeden einzelnen.

erzählt habe, findet Herr Dr. Geyer den Mut, zu nennen. Dass dieser mutige Mann auch zur Vereinigung mehrerer sächsischer Staatsbeamten gehört, sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Die Zeugen Bezirkschulrat Dr. Kröschmar und Regierungsmedizinalrat Dr. Krafft bestätigten, dass der Angeklagte die Klauschereien ihnen selbst erzählt hat. Besonders hat er sich darüber entzweit, dass der damalige Staatsanwalt Ahnus aus dem Rahmen der alten Beamtentradition herausgesetzt sei und sich in Verfolgung politischer Angewogenheiten (Geheimorganisationen) betätigte. Dabei ist auch die Familie Schmöger in die Klauschereien hineingezogen worden. Dr. Sch. soll als Fähnrich beim Regiment 138 „hinausgeschmissen“ worden sein und das der Offiziersvereinigung in Marienberg verschwiegen haben. Dabei hat Sch. gar nicht dort gestanden. Aehnlich lagen auch andere Zeugen aus. Es geht aus den Aussagen hervor, dass viele Kräfte am Werk waren, den angeblich linksorientierten Rechtsanwalt und Notar Schmöger in Marienberg unmöglich zu machen. Dr. Geyer selbst hat auch eine Denunziation gegen Dr. Schmöger beim Landgericht eingereicht, es ist aber absolut nichts von der Sache hängen geblieben.

Der Oberstaatsanwalt beantragte strenge Bestrafung dieses sonderbaren republikanischen Beamten und wies besonders auf den politischen Hintergrund der ganzen Sache gegen Dr. Schmöger hin. Alle Beschuldigungen, die auch gegen ihn (den Unklöger) ausgeprochen wurden, sind erstaunlich und erlogen. Er habe die Verfolgung im öffentlichen Interesse aus eigener Entschlussausgenommen, um verfassungstreue Beamte zu schützen. Ein von der Regierung bezahlter Regierungsrat mache dem Staatsanwalte seine verfassungstreue Tätigkeit und Pflichterfüllung zum Vorwurf.

Gegen dorartiges Beginnen müsse ganz entschieden Front gemacht und der Öffentlichkeit gezeigt werden, dass wir es mit der Republik ernst meinen. Die Tendenz der ganzen Klauschereien gehe nur darauf hinaus, republikanisch gesinnte Deute unmöglich zu machen. Pflicht des Staates sei es hier, einzutreten; denn der Angeklagte habe sich nicht geschämt, in hoher, brutaler Weise in das Familienleben eines republikanischen Beamten einzudringen und dessen Ehre zu belasten. Deshalb beantrage er eine Gefängnisstrafe.

Der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Dr. Baumgärtel-Dresden, verurteilte ebenfalls in schärferster Weise das Verhalten des Angeklagten. Dieser, der von sich und seiner Ehe so sehr überzeugt sei, schämte sich nicht, Eingaben an Behörden mit schweren, grundlosen Verdächtigungen gegen einen vermeintlich andersgestimmten Beamten zu machen und dessen Ehe zu zerstören in dem Scham zu ziehen. Die Eingabe an den Landgerichtspräsidenten habe sich nicht geschämt, in hoher, brutaler Weise in das Familienleben eines republikanischen Beamten einzudringen und dessen Ehre zu belasten. Deshalb beantrage er eine Gefängnisstrafe.

Nachdem noch Dr. Schmöger selbst seinen Widersachern das Fell

ordentlich gestrichen, versuchte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Giese-Dresden, vergleichsweise seinen Klienten reinzuwaschen.

Nach etwa 11 stündiger Verhandlung wurde das Urteil endlich verkündet:

Regierungsrat Dr. Geyer wurde zu 40 000 Mark Geldstrafe, exzessiv für je 150 Ml. einen Tag Gefängnis, und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Auch in der Urteilsverkündung wurde die Handlungswise dieses sonderbaren Staatsbeamten schärfstens verurteilt. Nur die bisherige Unbedenklichkeit konnte diesen eigenartigen Beamten der Republik vom Gefängnis retten.

Der Herr Regierungsrat Dr. Geyer ist noch gänzlich weggekommen als Dr. Hähnchen. Dieser wie jener hätten ins Gefängnis gehörte! Aber die Strafe ist schließlich Nebensache. Die Hauptfrage ist, dass hier wieder schwule Machenschaften eines höheren Beamten gegen den republikanischen Staat, von dem er beauftragt wird, enttarnt wurden. Zum Falle Hähnchen sagten wir, dass dieser Beamte nicht der einzige seiner Art sei. Hier haben wir wieder ein solches Musterexemplar vor einem Beamten, wie er nicht sein kann. Solche Beamte müssen aus dem Staatsdienst entfernt werden. Über es ist auch selbstverständlich, dass der Staat für seine Verwaltung sich die Beamten nicht nach ihrer Jugehörigkeit zu gewissen Vierteln ansetzen darf, die allein die Anwartschaft auf die „Staatskrippe“ zu haben vermögen, auswählen, sondern danach fragt, ob sie sich zu der neuen republikanischen Staatsverfassung bekennt.

Postreaktion.

In Görlitz hat dieser Tage der deutsch-nationalen Parteitag stattgefunden. Aus diesem Anlass hat die Oberpostdirektion Dresden die Verfügung herausgegeben:

Etwasmalige Gedanken von Beamten um Beurlaubung an dem am 27. und 28. Oktober in Görlitz stattfindenden Parteitag der Deutsch-nationalen Volkspartei ist gemäß einer Anordnung des Herrn RVP, sowohl legend möglich zu entsprechen. Kosten dürfen indes für die Reichsposte nicht entstehen.

Diese Verfügung ist einfach unerhört. Zum sozialdemokratischen Parteitag ist, wie die Dresden Volkszeitung hierzu mitteilt, ein solches Entgegenkommen nicht gezeigt worden. Soweit sind wir also schon in der deutschen Republik! Die eingesetzten Gegner der Republik erhalten von dem republikanischen Reichspostminister jegliche Unterstützung, während ihre zuverlässigen Söhnen, die Sozialisten, Maßregelungen wegen ihrer Gesinnung ausgeübt sind. Wenn hier nicht bald ernstlich von oben durchgegriffen wird, bildet sich nach und nach die Post zu einem reaktionären Staat im Staate aus.

Dresden. Ein schwerer Unfall hat sich am Sonnabendmittag im Dresdner Opernhaus ereignet. Bei einer der

üblichen Führungen gab eine Tafel des Bühnenbodens nach, auf der sich der führende Beamte mit vier Personen befand. Alle fünf stürzten in die Bühnentruhe. Sie wurden ins Krankenhaus geschafft, wo einer seinen Verletzungen erlegen ist.

Am Sonntagabend in der letzten Stunde wurden in der Dresdner Seide der Sattlergau mit einem Unbekannten mit vorbehaltener Revolver angegriffen. Der Unbekannte rief das Paar an: „Geld oder Leben!“ und gab gleichzeitig drei Schüsse ab, durch die die Überfallenen schwer verletzt wurden. Es lebte sich zur Wehr und schlug mit seinem Sattlerstock auf den Räuber ein, worauf dieser die Flucht ergriff. Beide Verletzte haben sich bis nach dem Weißen Hirn geschleppt, von wo aus sie auf Anordnung eines hinzugeholten Arztes in das Johannisstädter Krankenhaus übergeführt worden sind.

In Kötzschenbroda hatte ein Arzt einen Kronen beschlagnahmt, die er zurückforderte, was sein Rad, das er in den Hof hinter eine Ladentafel mit wertvollen Antiquitäten gestellt hatte, teilweise schwer erledbar für den Dieb war. Der Verlust trifft den Arzt außerordentlich schwer.

Bon Nah und Fern.

Zusammenfassung zweier Fälle.

Dresden, 30. Oktober. (Umlauf.) Auf dem Bahnhof Grevenbroich stieß heute vormittags 11 Uhr ein ausfahrender Güterzug mit einem aus der Richtung München-Gladbach einfahrenden Personenzug zusammen, weil dieser das Schild zuliegende Einfahrtsignal überfahren hatte. 500 Personen, darunter 5 Eisenbahner, erlitten leichte Verletzungen.

Schwere Unfälle.

Breslau, 1. November. (U.) Im Martinswerk bei Königsberg ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Aus bisher noch nicht ermitteltem Ursache fielte eine Pfanne aus dem Ofen und verbrannte fünf Arbeiter. Einer ist bereits gestorben; ein anderer schwere in Lebensgefahr.

Hamburg, 30. Oktober. Die Marinestation Hamburg teilt mit: Wie aus Wilhelmshaven gemeldet wird, wurden bei einer Bruchsalat des Torpedoboots T 196 am 27. Oktober durch einen Bröselbrand infolge Reihens eines Öldruckrohrs drei Unteroffiziere und ein Mann des Wachpersonals schwer, zwei weitere leicht verletzt. Raubüberfall im D. Zsa.

Frankfurt a. M., 30. Oktober. In einem Abteil 1. Klasse wurde der 40 Jahre alte Amerikaner James Sauerwein aus Koblenz tödlich verletzt mit Stichwunden im Kopf bewusstlos aufgefunden. Der Überfallene ist ein Major der Belohnungsbehörde in Koblenz. Sauerwein wurde mit etwa 300 Dollars, 500 französischen und 100 Schweizer Franken geraubt. Sauerwein wurde sofort in einer chirurgischen Privatklinik operiert. Man hofft, ihn am Leben zu erhalten.

Freireligiöse Gemeinde

und Feuerbestattungsstätte

Die am 23. 10. stattgefundenen Generalversammlungen führten folgende Beschlüsse: Der Mitgliedsbeitrag beträgt vom 1. Januar 1923 ab pro Monat 20.— M. Das Bundesblatt „Die Freiheit“ wird jedem Mitglied kostenfrei geliefert. Zur Deckung der erheblich gestiegenen Ausgaben (Gehaltsaufzehrung des Lehrers u. Bergal.) soll bis Ende dieses Jahres eine einmalige Nachzahlung von 20.— M. geleistet werden. Die Beiträge werden von Januar ab monatlich erhoben. Die Leistungen der Feuerbestattungsstätte sind auf 7500 M. erhöht worden. Der Jahresbeitrag beträgt 120.— Die zahlungsmäßigen Alterszulagen & Neuenintrittende wurden vereinfacht, das Eintrittsgeld für die Gemeinde auf 20.— M. für die Feuerbestattungsstätte auf 50.— M. festgesetzt. Wir bitten unsere Mitglieder den Haushältern die Arbeit zu erleichtern und weiter tätig zu sein für die freigiebige Bewegung.

Der Vorstand.

ÜBERNAHME

Dem geehrten Publikum von Leipzig-Großpösna und Umgebung die ergebene Mitteilung, dass wir das Weißhahn'sche Restaurant in Materialwarenhandlung Großpösna, Querstraße 1 künftig übernommen haben. — Wir werden bemüht sein, alle uns behörenden Gäste und Kunden auf Beste zu bedienen und bitten um gütige Unterstützung.

WILLY ROTHE UND FRAU
Morgen Donnerstag:
Einzugsstierverbinden mit
Doppel-Schlachtfest

Freundlichkeit lädt ein. Der Obige

3 Tage billiges Obst

aus eigener Plantage verkauft
in groß und klein

Schenkendorfstraße 37. part. rechts

Bimbornellwurzel : Riesengummi
Bitterkästchen : Kleinenwurzel
Krebswurzel : Kalmswurzel
Zwetschgenwurzel : Blutwurzel
Hagebuttenschalen u. -kerne faust
J. Bernhardi G. m. b. H., Leipzig
Konstantinstraße 21

Hängeleicht

Gas-Glühstrümpfe

bei Ditz-Abschaffung

En gros-Preise *

Pittrich & Co.

Petersteinweg 10

Stehlicht

Trauringe massiv
Gust. Kaniss
Taucher Straße 6. *

Insulare sind nicht
a. die Reaktion, sondern an
die Expedition der
Volksatz. zu richten.

Direct von der Mühle

kaufen Hausfrauen,

Restaurants, Viehhälter

Mehl : Ortsch. : Graupen

: Futtermittel :

in meiner Niederlage
Eufrihscher Straße 1
Ecke Parthenstraße

Hochheimer
Mühlenwerke

Wilhelm Knoefel : Bernstr. 12/43

Von 1-8 Uhr geschlossen.

Schlafzimmer

In Qualitätsware, imitiert u. echt Eiche
Küchenmöbelrichtungen

lasiert und Emaille-Lack.
Solide Verarbeitung. Billige Preise.

Möbelhaus Beck, Hartelstr. 21.

Felle

von
Ziegen, Hasen, Kanin, Hirsche
sowie alle anderen Sorten

kaufen
Gebr. Naumann, G. m. b. H.
Leipzig, Berliner Straße 12.

Stellenangebote

Rauchwaren-Zurichterei

sucht perfekte
Zurichter für Bank u. Maschine sofort
Gut lohnend dauernde Arbeit. Vorzustellen ab 5 Uhr nachmittags in L.-Leutzsch, Querstraße 6, I. I.

Tüchtlings

Kürschner
bei garantiert allerhöchstem Verdienst in dauernd angenehme Stellung gesucht. J. Cesinsky, Reichsstraße 39, S. I.

Füchti. Maschinenarbeiter u. Zurichtergehilfen
sind sofort gesucht.

Zu melden bei Klien, Lindenau, Leutzscher Str. 43, I.

Wir stellen sofort ein perfekte

Zahlhaubenbauer
und
Einmauerjalousienfänger
sowie Anschläger
Braune & Roth.
Geldschrankfabr. u. Tiefbauanstalt
Sibontenstraße 37. *

Rüschnerinnen

zur branche und age, zum Kaninchenbrachen bei garantiert allerhöchstem Verdienst in dauernde angenehme Stellung gesucht. J. Cesinsky, Reichsstraße 39, S. I.

Perfekte Heimarbeiterinnen

zum Rändeln und Herstellung von Glasbildern steht bei höchstem Verdienst sofort ein
Herbert Merfel, Schleußig, Blümnerstr. 8.
Vorstellen täglich 9-11 und 3-5 Uhr.

Garderobe-Frauen

Ihr Sonntags gekleidet

Gasthof Zweinaudorf.

Buchdruckerlehrlinge

für Ostern 1923 sucht

E. A. Enders

Salomonstraße 10

Verkäufe

Jur. 1923

Zur Leitung

meiner

Heimarbeits-

ausstattungsliege

für Beutel

jude ich

geeignete Frau,

die in gleicher

Position bereits

tätig gewesen ist

und mit dem Ab-

rechnungswesen

vollständig ver-

traut ist. Nur

schriftl. Angebote

zunächst an:

Martin Sontag

Verpackungsmittel und

Raketen

Leipzig-Raschwitz.

Fernstr. 35/147.

Dachshaar-

zurichterinnen

event. sehr gut.

Zu melden bei Fa.

Sigmund Ehrlich

Rauchwaren - Kom.

Mittelstr. 27/29, S. I.

Arbeits-

frauen

werden zum

Kartoffelseller

sofort angenommen

z. Zeitung. Gräfe.

Neu. 10-21, Neumann.

Gute Abschafferin

für Wäsche

sofort gel. L. Freund,

Wahlzeitung * Beilage der Volkszeitung

Nr. 10

Nur die allergrößten Fälscher Wählen ihre Mezzger selber!

Im neuen deutschen Kaiserreich und den Ländern liegt alle Gewalt beim Volke. Die Grundlage unserer Verfassungen bildet das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen vom 20. Lebensjahr ab. Vor dem Kriege hatten wir im Reich das allgemeine gleiche Wahlrecht für Männer. Ein Frauenwahlrecht gab es nicht. Um zum Reichstag wählen zu können, mussten die Wähler 25 Jahre alt sein. Die unterschiedlichen Wahlrechte machten das gleiche Wahlrecht an einem ungleichen Wahlrecht, da in großen Wahlkreisen 100.000 Wähler nicht mehr Wahlrecht hatten als 10.000 in den ostelbischen Wahlkreisen. Die einkommensschwachen Wahlkreise wurden bis zur Revolution das elende Dreiklassenwahlrecht. Dieses Wahlrecht wurde 1898 im Handelsrecht auch in Sachsen eingeführt, was die Empörung der Bevölkerung von Jahr zu Jahr derart steigerte, dass bei der Reichstagswahl 1903 mit einer Ausnahme zum Entsetzen aller Reaktionäre Sozialdemokraten gewählt wurden. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien sahen sich damals genötigt, an eine Änderung des Dreiklassenwahlrechts heranzutreten. Indes erst nach sechs Jahren gaben der kreisende reaktionäre Berg ein neues Wahlrecht, das Pluralwahlrecht.

In Preußen war während des Krieges von der Regierung wiederholt die Änderung des Wahlrechts anerkannt worden. Unter 20. November 1917 legte die Regierung auch den Entwurf eines Wahlgesetzes vor, der sich an das Reichstagswahlrecht anschloss, indem gewisse "Sicherungen" vorlief, um zu verhindern, dass das „gemeine Volk“ die durch Bildung und Besitz bestimmen Kreise“ majorisierte. Die Jünger aber, die das preußische Dreiklassenwahlrecht befürchteten, weiteren gegen den Entwurf und lehnten besonders das Argument ab, dass durch das gleiche Wahlrecht die zum Sieg über unsre Kriegsgegner notwendige Einheit und Einigkeit im Volle hergestellt werden sollte. Der Rektor der Konseriativen, Herr v. Hagedorn und der Palast sagten bei der allgemeinen Beratung über den Entwurf am 5. Dezember 1917:

Wir sind der Meinung, dass ein deutscher Friede geschlossen werden muss auf der Grundlage der militärischen Erfolge, die wir errungen haben (Sehr richtig rechts), der Opfer, die wir gebracht haben (Sehr richtig rechts), und daher von unserm Standpunkt aus bestimmt sein müssten in allerster Linie unsere deutschen Interessen.

Die Verbündeten lehnten den Entwurf ab und arbeiteten einen Wahlvorschlag aus, nach dem von 450 Abgeordneten 236 nach einem Mehr im menschlichen Gewicht gewählt werden sollten; die Mehrstimmen sollten aufgeteilt werden nach dem Alter, dem Vermögen, dem Einkommen, einem selbständigen Gewerbe, Grundeigentum und Schulbildung. Außerdem sollten 214 Abgeordnete auf Grund eines individuellen berufsstädtischen Wahlverfahrens gewählt werden. Diese kombinierte Ungerechtigkeit und Tolleranz hätte eine viel größere Empörung auslösen müssen, als das Dreiklassenwahlrecht, das die Regierung im Interesse der Gleichheit der Wählerschaft befehligen wollte. Alle Mahnungen der Regierung an die Reaktionäre zur Vernunft nützen nichts. Das hornierte und verblendete Juncturum im Abgeordnetenhaus blieb bei seinem irrsinnigen Wahlrechtspläne. Da sieht der Ministerpräsident Graf Hartwig seine leichte Hoffnung auf das Herrenhaus. In bestmöglichem Tone flog er in der Sitzung vom 4. September 1918:

Nach meiner ehrlichen Überzeugung handelt es sich, meine Herren, in dieser schweren Frage um den Schuh und die Erhaltung von Krone und Dynastie.

Das Herrenhaus war nicht minder unzufrieden wie das Abgeordnetenhaus. Wenige Tage darauf hatten die Ereignisse den ganzen feudalen Blunder weggelegt und war durch die Revolution das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen vom 20. Jahre ab eingestellt!

Kein Wunder wenn die Reaktionäre aller Schätzungen auf die Resolution Lust und Galate peinen!

Auch in Sachsen war durch die Kriegergebnisse eine Wahlrechtsreform in Frist gekommen. Hier allerdings gegen die Regierung! Und selbstverständlich auch gegen die Konkurrenz, die überhaupt nichts von einer Wahlrechtsänderung wissen wollten. Die Nationalliberalen mit ihrem Führer Dr. Sennerth waren für das Reichstagswahlrecht mit Zusatzstimmen. Die Fortschrittsfür die Reichstagswahlrecht. Nur die Sozialdemokratie trat ein für das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen. In der Sitzung des Landtages vom 14. Mai 1918 sagte der konservative Abgeordnete und Geschäftsführer der Agrarier:

Meines Erachtens lang nichts so sehr zur Zerrüttung des Familienebens beitragen als die Politisierung der Frauen und ihre Teilnahme am politischen Leben.

Heute werben diese Kreise um die Stimmen der Arbeiterfrauen, die sie durch ihre mähnlose Auswüchse zu heller Empörung treiben.

Derselbe Redner wandte sich auch gegen das Wahlrechtsalter:

Zur Ausübung des Wahlrechts muss eine gewisse Erfahrung gehören. Diese Erfahrung kann mit dem 20. Lebensjahr noch nicht gekommen sein.

Wenn es nach diesen Wollstreunden ginge, würde das Wahlrecht an das 20. Lebensjahr gebunden sein, wenn Tausende von Arbeitern durch Ausbeutung und Auswüchse längst in den Tod gezogen worden sind.

Der Abgeordnete Schmidt verstand es aber ausgezeichnet, für die Interessen der Agrarier, seiner Arbeitgeber, zu sprechen. Er sagte:

Warum will man die natürliche Zulässigkeit für den Grundbesitz abschaffen? Lediglich aus Demokratisierungsschäften. Man muss doch zugeben, dass diejenigen, die Grundbesitz haben, ein viel größeres Interesse am Staat haben.

All die Arbeiter nämlich!

In Sachsen sah schließlich auch die Regierung, die bisher nichts von einer Änderung des Wahlrechts wissen wollte, ein, da dem Drängen der öffentlichen Meinung gegenüber etwas gelassen müsse. Ende Oktober entschloss sich die Regierung zu einem Scheinkompromiss an den Parlamentarismus: der vom König ernannten Beamtenregierung wurden parlamentarische Minister ohne Amt angegliedert. In Wirklichkeit ist diese Komödie jedoch nicht getreten — die Revolution machte auch ihr ein Ende und brachte auch den Frauen das Wahlrecht!

Arbeiter und namentlich ihre Arbeitersfrauen! Denkt an die Vergangenheit, denkt daran, wie euch die bürgerlichen Parteien benommen und obhutlos waren, dass ihr ganze Vorfahren darauf gerichtet waren, die Arbeiter zu entrichten und sie beherrschen und in ihrem Profitinteresse ausbeuten zu können.

Wähler! Wählt am 5. November die Liste der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, die Liste 1:

Lipinski — Hagen — Frau Schilling.

Und die Hausfrau ??

Die Hausfrau, die arme, sie ist heute als Finanzminister der Familie weit schlüssiger noch dran, als die Verwalter der Gemeinde- und Staatsanlagen. War es schon im Frieden schwierig und im Krieg unmöglich, den Arbeitsaufwand halbwegs zu balancieren, so ist heute schon der Gedanke daran eine Vermessenheit. Wie soll das Wirtschaftsgeld, das meist nur durch langwierige Lohnkämpfe eine Aufbesserung erfuhr, den mit zulender Geschwindig-

keit dem Dollar nachsteigenden Warenpreisen folgen? Es steigen beispielweise nach der amtlichen Statistik in der Woche vom 14. bis 21. Oktober die durchschnittlichen, vom Kleinhandel in der Markthalle geforderten Preise für ein Pfund frisches Rindfleisch mit Knochen um 40 Pf., für ein Pfund geräucherter Speck um 80 Pf., für ein Pfund Margarine um 40 Pf., für ein Pfund Schmalz um 65 Pf., für ein Pfund Mehl um 20 bis 33 Pf. für ein Pfund Gruppen um 30 bis 44 Pf., für ein Pfund Kartoffeln um eine Mark usw. usw. Das sind teilweise Steigerungen um 50 Prozent. Und die Hausfrau hört mit Entsetzen die neuen Preise und sie sieht mit Grauen den neuen Dollar kurs, der noch neuere, höhere Preise ankündigt. Mußlos und verzweifelt ergeben sich so leider nur allzuleicht die meisten der Hausfrauen ihren Sorgen, sie wollen nichts vom Willen zur Änderung hören, weil schließlich alles verloren ist.

Und doch ist am 5. November der Tag, wo jede Hausfrau bestimmen kann, ob ihre Not gelindert und der Weg zur Befreiung beschritten werden soll. Die sozialistischen Parteien und die sozialistische Regierung haben bisher schon getan, was in ihren Kräften stand. Sie haben bei der Reichsregierung auf Erhöhung der Getreideumlage gedrängt, sie haben verlust, den Wucher mit Kartoffeln zu unterbinden, die Milchversorgung zu verbessern. Wenn das nicht vollkommen glückt, liegt die Schuld an der bürgerlichen Mehrheit der Reichsregierung und des Reichstags. Darum gilt es, der sozialistischen Partei am Wahltag die Stimme zu geben, damit die sozialistische Regierung Sachsen mit einer sichereren sozialistischen Mehrheit weiterarbeiten und ihren Einfluss augenblicklich der vorliegenden Arbeiterschaft geltend machen kann! Deshalb wählt jede Hausfrau am 5. November die Vereinigte Sozialdemokratische Partei! Keine Stimme darf fehlen!

„Der blühende staatliche Bergbau.“ Ein bürgerliches Urteil über die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung.

Während die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf das Blaue vom Himmel herunterlägen, um die „Unfähigkeit der sozialistischen Regierung“ zu beweisen, muss ihre Presse — wenn sie sachlich berichtet — selbst zugeben, dass die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung außerordentlich Erfolge aufzuweisen hat.

1900 Mark muss der Zentner Kartoffeln kosten

Bei einer Beratung im Bayreuther Bezirksausschuss über Wiedereinführung der Zwangswirtschaft trat der Vertreter der Landwirte Pietzsch-Burk für die Erhöhung der Wucherpreise für Kartoffeln ein. Er erklärte:

Wenn man den Kartoffelpreis mit dem Klempnerei vergleiche, würde man 1900 Mark für den Zentner Kartoffeln verlangen müssen. Dieser Pietzsch-Burk, der den Kartoffelwucher in so schamloser Weise empfiehlt, war deutschnationaler Landtagsabgeordneter und steht wieder auf der Kandidatenliste der Deutschnationalen Partei in Ost Sachsen.

Und diese schamlosen Gesellen haben noch den Mut, in ihren Plakaten und Flugblättern die Wähler aufzufordern, sich gegen die Not und die Teuerung zu wehren.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Hausfrauen! Gebt diesem Wucher gesindel am 5. November die gebührende Antwort.

Wählt nur die Kandidaten der B. S. P. D. Liste

Lipinski-Hagen-Frau Schilling

So schreibt der Dresdner Anzeiger, ein Blatt, das dem Dresden Oberbürgermeister Blüher, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, sehr nahe steht, in seiner Nummer 468 vom 24. Oktober 1922 unter der Spitzmarke: Der blühende staatliche Bergbau:

„Das lästige Staatswirtschaftsgelehrte hat bei Betrieben der staatlichen Bergverwaltung eine größere Bewegungsfreiheit verliehen. Die günstigen Ergebnisse der Umstellung von der kameradschaftlichen auf die Kaufmännische Buchführung zeigen sich schon jetzt bei den Schuhmachern für das Rechnungsjahr 1921. Von allen produzierenden Betrieben der Bergverwaltung konnte, nach Ablegung reichlich bemerkenswerter Rücklagen, ein erheblicher Überschuss an die Staatskasse abgeführt werden.“

Ein eindrucksvolles Bild bietet u. a. die geschäftliche Entwicklung der Kalk- und Marmorwerke (in Hemersdorf, Oberseifersdorf, Hammerunterwiesenthal, Lengenfeld), die vor dem namhaften Zulässigkeits erforderten. Das lag zum größten Teil an den veralteten technischen Hilfsmitteln, Maschinen usw. Seit die Betriebsanlagen jedoch nach neuzeitlichen Gesichtspunkten umgebaut wurden, ist es gelungen, die Erzeugung auf das Doppelte zu erhöhen.

Die wertvolle sächsische Erde wird in der altherühmten Meissner Porzellananstalt, unter Verstärkung der neuesten Errungenheiten in Weisheit und Technik zu feinstem sächsischen Kunstwerk und Bedarfsgegenständen verarbeitet. Nach sächsischem Urteil hat die Meissner Manufaktur neuerdings auf der Dresdner Jahresschau Deutscher Arbeit, wie auch auf der Gewerbeschau in München mit das Beste vorgeführt, was es zur Zeit auf dem Gebiete des Edelporzellanans gibt. Fast alle dort ausgestellten Stücke sind (einzelne mehrfach) verkauft worden. Dem geschäftlichen Aufschwung entsprechend mussten bauliche Erweiterungen vorgenommen werden. Der Neubau der Tonauftaufbereitung sowie die Vergrößerung des Formenhauses sind nahezu zur Neubau eines Mannschaftsgebäudes mit Speisesälen vollständig beendet. Zur Behebung des Wohnungsmangels hat man 14 neue Werkwohnungen geschaffen, die ihrer Bestimmung bereits übergeben worden sind.“

So muß selbst die gegnerische Presse die Leistungen der sozialistischen Regierung anerkennen. Und diese Fortschritte hat

die Regierung in kurzer Zeit und gegen den heftigsten Widerstand der bürgerlichen Parteien erzielt.

Wer ernstlich den Aufbau im Interesse der Allgemeinheit, wer wählt nur die Vereinigte Sozialdemokratische Partei!

Ein Kandidat der deutschen Volkspartei läuft die Wähler an.

In einer von der Deutschen Volkspartei in Wurzen abgehaltenen Wählerversammlung behauptete der bisherige Landtagsabgeordnete Bünker aus Leipzig zu dem bekannten „Fall Vohe“:

„Die Ermittlungen des Landtags haben ergeben, dass die Beziehung und ungewöhnliche Beförderung Vohe nur wegen seiner Zugehörigkeit zur sozialistischen Partei erfolgte, obwohl Vohe dazu nicht befähigt war und die Rechte tüchtiger Beamten durch mißachtet wurden.“

Diese Behauptung ist unwahr. Der Landtag hat das Gegen teil festgestellt. Die Mehrheit des mit der Untersuchung des Falles beauftragten Untersuchungsausschusses hat nach monatelangen Erörterungen dem Landtag folgendes Ergebnis mitgeteilt:

„Die Julizärtigkeit der Ernennung des Herrn Vohe zum Justizamtmann kann demnach nicht in Zweifel gezogen werden. Es entfallen damit alle auf eine angebliche Gesetzesverletzung gestützte Angriffe gegen den Minister.“

Die Aussführungen des Ministers über die prinzipielle Zweitmäßigkeit der Anstellung von Personalelementen aus den Kreisen der unteren Beamten sind von keiner Seite beanstanden worden.“

„Es ist Jonach festgestellt, dass die Ernennung des Herrn Vohe nicht nur gelegentlich zulässig, sondern auch durchaus zweitmäßig war.“

„Der Vorwurf, dass der Justizminister Dr. Zeigner bei der Berufung des Herrn Vohe irgendwie der Erwägung „Eine Hand wägt die andre“ Raum gegeben habe, ist demnach ganz unbegründet. Es war Jonach nur noch zu prüfen, ob Herr Vohe in das Ministerium berufen worden ist, lediglich, weil er Sozialdemokrat ist. Für diese Behauptung haben die Ermittlungen des Anschusses nicht den geringsten Beweis erbracht.“

„Dafür endlich, dass Herr Vohe nur als Brieftätschner beschäftigt wurde, dass er Parteiaufgaben erledigte, dass er in andern Angelegenheiten beschäftigt wurde als in den Personalaufgaben der Befolgsungsgruppen I bis V haben die Antragsteller nicht den geringsten Beweis erbracht; sie haben dafür nicht einmal den Beweis angekreuzt.“

„Die Ermittlungen des Unterausschusses haben Jonach in seiner Beziehung die von bürgerlicher, insbesondere volksparteilicher Seite aus Anlaß der Ernennung des Herrn Vohe im August und September 1921 verbreiteten Behauptungen bewahrt.“

So faul wie die obige Behauptung Büngers sind alle Wahlargumente der Deutschen Volkspartei. Wähler, denkt daran am 5. November. Wählt nur die Kandidaten der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei!

Die Kirche für die Reaktion.

Die 11 Evangelisch-Lutherische Landeskirche, die in den letzten Tagen in Dresden verklammert war, schloss ihre Tagung mit einem geharnischten Beschluss gegen das Kultusministerium, das angeblich die „christlichen Gottesäder“ und die „christlichen Schulen“ bedroht haben soll. Es heißt in der langen Erklärung:

„Die Verordnungen des Kultusministeriums stellen es in einem für das christliche Empfinden unerträglichen Maße in die Willkür eines jeden, auf den christlichen Gottesäder zu reden, was er will, und auf den Gräbern Christi anzubringen nach seinem Belieben, ohne dass eine Verständigung mit den Friedhofsinhabern, den Kirchengemeinden, vorher notwendig sein soll. Das ist ein Eingriff ins Hausrecht. Wie lehnen ihn ab...“

Dasselbe Kultusministerium hat sodann wieder schärfere Vorhöfe gegen die christliche Schule geführt. Es sperrt den Schulkinder die besonderen Feiertage ihrer Kirche und verbietet in den Schulen Gebet, Andacht, Choralgesang und Bibelwort außerhalb der zwei Religionsstunden, die oft nicht einmal eingerichtet sind. Das ist eine Verleierung der Reichsverfassung und ihres Geistes. Das ist ein Unrecht gegen die christliche Schule, auf die wir in Sachsen ein gutes Recht haben...“

Als Sprecher des evangelischen Sachsenvolkes erklärt die Synode, dass sie sich das Recht auf die christliche Schule nicht nehmen, da sie sich überhaupt keines der verfassungsmäßigen Rechte der Kirche verklammern lässt, da sie vielmehr deren Wahrnehmung, nötigenfalls auf gerichtlichem Wege, den Kirchenbehörden besonders zur Pflicht macht...“

Mit dieser Erklärung treten die freikirchlichen Kirchenkämpfer in die politische Arena des Wahlkampfes, um der ganzen Reaktion ihre getreuen Schädel in die Hände zu treiben.

Wer die hohen Löhne und Urdolche kennt, gelernt hat, mit der die kirchlichen Friedhofswartungen gegen Andersgläubige vorgegangen sind, wer sich daran erinnert, mit welcher Härtseligkeit die harmlosen Krankenleidensinschriften entfernt, schlichte und einfache Grabreden der Freunde eines Verstorbenen, der nicht mehr der Kirche angehört, verbieten, Trauerfeiern der Dämonen durch Kirchenbeamte gestoppt und weltliche Aussichtsräte aus Grabsteinen verhindert worden sind, der wird die Verordnung des Kultusministers, die diesem Unrat ein Ende gewährt und Leidenseitler andersgläubiger oder nichtkirchlicher Kreise der Willkür der Kirche entzogen hat, in jeder Beziehung billigen. Friedhöfe sind ebenso wenig wie Schulen eine kirchliche (die Kirchenstreiter sagen immer: christliche!), sondern eine außerordentlich wichtige öffentliche Angelegenheit; das muß den traditionären Wohlstellern im schwarzen Rot am 5. November mit aller Deutlichkeit klar gemacht werden!

„Rathenau-Rummel!“

Ein deutschnationaler Frechdachs.

In einer deutschnationalen Versammlung im Kötzschenbroda hielt der wegen seiner Schnodrigkeit bekannte Direktor der sächsischen Agrarierorganisation Schmidt-Greifberg eine Wahlrede, die an Skrupellosigkeit und Demagogie keine Grenzen kannte. Er sprach von „Guttekettewirtschaft“, „Deftigwirtschaft“, von der „Schande der Erfüllungswirtschaft“ — alles das ließen die zahlreich erschienenen Sozialdemokraten passieren, um sich die Antwort für die Aussprache aufzuparen. Als Herr Schmidt aber die „Rathenau-Rummel“ zu sprechen, „der wohl hauptsächlich den Zweck gehabt habe, den Arbeitern einen bezahlten Feiertag zu verschaffen“, da mache sich die Empörung der anwesenden Arbeiter in lautem Brotoffen Luft. In der Aussprache reichte dann unter Schembor gründlich mit der deutschnationalen Dreistigkeit ab und nannte seine ganze Rederei, die mit politischem Unrat nichts mehr zu tun habe, freiwillig. Genosse Schembor, der oft von Beifall unterbrochen wurde, legte mit Recht, ein Arbeiter, der einem Deutschnationalen seine Stimme gebe, einem Vertreter des Großgrundbesitzes, müsse mit Blutdruck geschlagen sein.

